



einwandfrei festzustellen. Wir haben uns deshalb damit beholfen, festzustellen, wie viele Tarifverträge vor dem Jahre 1913 bestanden, und ob die betreffenden Verbandszahlstellen noch existieren. Daß an solchen Orten beziehungsweise für solche Gebiete wieder örtliche Tarifverträge abgeschlossen werden sollten, unterliegt keinem Zweifel. Natürlich schwankt auch die so gewonnene Zahl nicht bloß von einem zum andern Jahre, sondern mitunter auch in ein und demselben Jahre, je nachdem Verbandszahlstellen eingehen oder in die Tarifgemeinschaft eintreten durch Abschluß örtlicher Tarifverträge. Die Zahl der abzuschließenden örtlichen Tarifverträge wurde im „Zimmerer“ (Jahrgang 1914, Seite 88) auf 627 angegeben, im gleichen Jahrgang, Seite 363 auf 626, sie betrug am Jahreschluß 1915 744. Diese örtlichen Tarifverträge sollten 21 236 Verbandsmittelglieder umfassen; am Schluß des dritten Quartals 1915 zählte unser Zentralverband 21 253 Mitglieder.

Auch die Zahlen über den Geltungsbereich der örtlichen Tarifverträge unterliegen eben Schwankungen. Es gehen Betriebe ein, andere entstehen neu; die Zahl der beschäftigten Zimmerer und somit auch der tarifgebundenen Verbandsmittelglieder ist ständig in Fluss. Für 1915 sind die zum Militär eingezogenen Verbandsmittelglieder aus der Tarifstatistik ausgeschieden. Ueberhaupt beeinflusst der Weltkrieg unsere Tarifstatistik in mannigfacher Hinsicht. An die Stelle exakter Feststellungen, worauf sonst unsere Statistik beruht, haben bei der Darstellung des Geltungsbereiches der Tarifverträge hin und wieder auch Schätzungen treten müssen, die bekanntlich nicht so sicher sind wie Zählungen. Immerhin wird im Nachstehenden geboten, was sich unter den überaus schwierigen Verhältnissen bieten läßt.

Am Jahreschluß 1915 standen, wie angebeutet worden ist, für 296 Verbandszahlstellen mit zusammen 7090 Verbandsmittelgliedern die Tarifverträge noch aus. Wie sich diese Zahlstellen beziehungsweise noch nicht abgeschlossenen Tarifverträge auf die preussischen Provinzen und Bundesstaaten verteilen, zeigt die nebenstehende Tabelle.

Die Ursachen, weshalb so viele Zahlstellen mit dem Abschluß der örtlichen Tarifverträge in Verzug geraten, sind im „Zimmerer“ des öfteren erörtert worden, so daß an dieser Stelle darauf verzichtet werden kann. Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hat darüber lange geschwiegen, jetzt teilt die „Baugewerkszeitung“ in ihrer Nr. 11/12 vom 5. Februar 1916 mit, das Geschäftsamt des deutschen Bauarbeitgeberbundes für das Baugewerbe habe den Inhalt der baugewerblichen Tarif-

Bundesstaaten bzw. Landesteile	31. Dezember 1915		Bundesstaaten bzw. Landesteile	31. Dezember 1915	
	Zahl- stellen	Mit- glieder		Zahl- stellen	Mit- glieder
Ostpreußen	9	137	Sachsen-Weimar	3	69
Westpreußen	—	—	Mecklenburg-Strelitz	5	62
Brandenburg	25	218	Oldenburg	7	136
Pommern	18	126	Braunschweig	7	65
Posen	3	8	Sachsen-Meiningen	3	37
Schlesien	34	953	„ -Mtenburg	2	19
Sachsen	21	407	„ -Cob.-Gotha	2	30
Schleswig-Holstein	14	180	Anhalt	3	43
Hannover	13	346	Schwarzbg.-Rudolst.	3	20
Westfalen	17	352	„ -Sondersh.	1	8
Hessen-Nassau	9	625	Waldeck	—	—
Rheinland	4	245	Reuß ä. L. (Greiz)	—	—
Preußen	167	3577	Reuß j. L. (Gera)	1	83
Bayern	28	1201	Sippe-Deilmold	1	1
„ (Rheinpfalz)	1	108	Schaumburg-Lippe	2	8
Sachsen	19	571	Bremen	1	125
Württemberg	2	8	Hamburg	2	51
Baden	1	140	Saß-Lothringen	3	65
Hessen	6	213	Deutsches Reich	296	7090
Mecklenb.-Schwerin	26	450			

verträge 1913 bis 1916 zusammengestellt und in Druck erscheinen lassen. Hierzu wird u. a. bemerkt:

„Der Umfang der Tabellen ist nur gering, da im Jahre 1915 nur 47 Tarifverträge für 44 Vertragsgebiete mit 59 Lohngebieten genehmigt werden konnten.“

In sehr vielen Vertragsgebieten konnten die Vertragsverhandlungen nicht zu Ende geführt werden, weil die Arbeitgeber- und Arbeitervertreter oder die Unparteiischen der Tarifämter zum Heeresdienste einberufen wurden. Das Haupttarifamt für das Baugewerbe, welches im Oktober 1914 noch einige Entscheidungen gefällt und dadurch Tarifstreitigkeiten erledigt hatte, hat im Jahre 1915 vollständig versagt. Der Versuch, einige Streitfragen in einer Sitzung am 19. Mai 1915 in Dresden zu entscheiden, wurde durch die Vertreter der Arbeiterzentralverbände vereitelt. Sie beantragten unter Hinweis auf die Schwierigkeiten, während des Krieges die Streitfragen zu klären und die Entscheidungen durchzuführen, Vertagung der vorliegenden Anträge.

In den Jahren 1913 bis 1915 sind genehmigt 455 Verträge für 458 Vertragsgebiete mit 592 Lohngebieten. Gegen die Abschlüsse der Vertragsperiode 1910 bis 1913 mit 675 Verträgen für 573 Vertragsgebiete und 852 Lohngebiete bedeutet das ein Weniger von 190 Verträgen, 115 Vertragsgebieten und 260 Lohngebieten.“

Beachtenswert sind die vom Arbeitgeberbund hier mitgeteilten Zahlen, die zwar ein recht unsicheres Laufen verraten, aber nichtsdestoweniger die von uns dargetane Misere bekräftigen. Der Versuch freilich, das Versagen des Haupttarifamts auf die Haltung der Vertreter der Arbeiterzentralverbände zurückzuführen, muß entschieden zurückgewiesen werden. (Vergleiche insbesondere „Arbeit-

gebertricks“ im „Zimmerer“, Jahrgang 1914, Seite 285 und „Mysterien des Tarifvertragsverhältnisses für das Baugewerbe“, „Zimmerer“, Jahrgang 1915, Seite 163.)

Bemerkung muß noch werden, daß jene Verbandszahlstellen, für die früher ein örtlicher Tarifvertrag bestanden hat und noch kein neuer abgeschlossen worden ist, nach wie vor tarifgebunden sind. In ihrem Verbreitungsgebiet gelten jene Lohn- und Arbeitsbedingungen, welche durch Annahme der Vorschläge der Unparteiischen vom 1. beziehungsweise 6. Mai 1913 festgesetzt sind. Solange ein neuer örtlicher Tarifvertrag noch nicht zustande gekommen ist, gelten neben den zentralen Abmachungen die notwendigen Ergänzungen im alten örtlichen Tarifverträge. Meistens vermißt man den 1913 vorgeschriebenen örtlichen Tarifvertrag gar nicht.

Am 31. Dezember 1914 bestanden 447 Tarifverträge, deren Geltungsbereich sich über 8281 Orte erstreckte mit 5216 Betrieben und 36 585 Zimmerern, davon 28 510 Verbandsmittelglieder. 1 Tarifvertrag, dessen Geltungsbereich 1 Ort umfaßte mit 3 Betrieben und 39 Zimmerern, die alle unserm Verbands angehörten, endete am 31. Dezember 1914, so daß am 1. Januar 1915 446 Tarifverträge bestanden, deren Geltungsbereich sich auf 8280 Orte erstreckte mit 5213 Betrieben und 36 546 Zimmerern, davon 28 471 Verbandsmittelglieder. Im Laufe des Jahres 1915 liefen 35 Tarifverträge ab, ihr Geltungsbereich umfaßte 307 Orte mit 159 Betrieben und 1072 Zimmerern, davon 708 Verbandsmittelglieder. 34 Tarifverträge, deren Geltungsbereich sich über 447 Orte erstreckte mit 758 Betrieben und 1952 Zimmerern, davon 1691 Verbandsmittelglieder, wurden erneuert. 3 Tarifverträge mit einem Geltungsbereich von 108 Orten mit 58 Betrieben und 328 Zimmerern, davon 285 Verbandsmittelglieder, wurden neu abgeschlossen.

Alle 37 erneuerte und neu abgeschlossene Tarifverträge, deren Geltungsbereich sich über 555 Orte mit 816 Betrieben und 2280 Zimmerern, davon 1976 Verbandsmittelglieder, erstreckt, sind ohne Kampf abgeschlossen worden.

Von den vorjährigen Tarifverträgen behielten 410 ihre Gültigkeit auch noch über das Berichtsjahr hinaus. Ihr Geltungsbereich erstreckte sich über 7969 Orte mit 5044 Betrieben und 15 383 Zimmerern, davon 12 158 Verbandsmittelglieder.

Am 31. Dezember 1915 bestanden demnach 448 Tarifverträge mit einem Geltungsbereich über 8528

### Abgeschlossene und gültige Tarifverträge im Jahre 1915.

Preussische Provinzen und Bundesstaaten	Am 1. Januar 1915 bestanden				Dabon (Sp. 1) liefen im Jahre 1915 ab und wurden nicht erneuert				Dabon (Sp. 1) wurden erneuert bzw. vor Ablauf verlängert				Neu abgeschlossen wurden				Dabon (Sp. 3 u. 4) wurden ohne Kampf abgeschlossen				Dabon (Sp. 3 u. 4) wurden nach Eintritt in den Kampf abgeschlossen				Am 31. Dezember 1915 bestanden					
	Tarifverträge		Geltungsbereich		Tarifverträge		Geltungsbereich		Tarifverträge		Geltungsbereich		Tarifverträge		Geltungsbereich		Tarifverträge		Geltungsbereich		Tarifverträge		Geltungsbereich		Tarifverträge		Geltungsbereich			
	Orte	Betriebe	Zimmerer	Mitglieder	Orte	Betriebe	Zimmerer	Mitglieder	Orte	Betriebe	Zimmerer	Mitglieder	Orte	Betriebe	Zimmerer	Mitglieder	Orte	Betriebe	Zimmerer	Mitglieder	Orte	Betriebe	Zimmerer	Mitglieder	Orte	Betriebe	Zimmerer	Mitglieder		
Ostpreußen	9	30	48	550	404	5	19	20	194	123	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Westpreußen	20	402	212	1751	1469	3	27	14	103	88	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Brandenburg	40	652	657	3756	2479	1	7	4	28	12	2	24	87	177	165	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Pommern	19	334	155	1842	1100	2	50	6	45	30	3	60	24	60	47	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Posen	12	166	189	879	545	4	55	24	111	63	1	19	7	5	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Schlesien	17	171	95	1012	708	3	6	13	136	84	3	39	17	57	31	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Sachsen	36	686	316	2427	1690	3	78	17	96	44	5	43	66	246	207	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Schleswig-Holstein	33	559	861	1620	1370	3	41	15	66	46	4	88	39	29	23	1	13	11	15	11	5	101	40	44	34	—	—	—	—	
Hannover	41	507	339	2146	1458	1	2	9	24	13	2	7	10	20	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Westfalen	2	2	9	75	44	1	1	3	9	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Hessen-Nassau	5	5	16	141	115	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rheinland	9	82	264	1730	1389	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Preußen	243	3596	2611	17429	12671	26	286	125	812	512	25	307	297	757	583	2	58	51	313	271	27	365	348	1070	854	—	—	—	—	—
Bayern	28	194	169	960	751	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ (Rheinpfalz)	5	8	47	181	111	1	1	5	22	22	1	7	5	18	18	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sachsen	49	2209	1826	10814	8800	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Württemberg	22	44	173	1845	1448	5	16	21	166	116	1	1	6	5	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Baden	15	73	204	1044	778	1	2	6	22	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hessen	2	12	28	77	25	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mecklenburg-Schwerin	22	1153	65	549	505	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sachsen-Weimar	9	102	90	886	631	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mecklenburg-Strelitz	6	353	19	139	119	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Oldenburg	4	40	38	131	98	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Braunschweig	6	81	50	402	350	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sachsen-Meiningen	4	41	30	297	220	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ -Mtenburg	7	130	49	325	261	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ -Coburg-Gotha	4	7	28	248	197	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Anhalt	4	61	39	314	252	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schwarzbg.-Rudolst.	3	23	14	111	92	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ -Sondershausen	1	3	12	82	75	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Waldeck	1	6	3	20	13	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reuß ä. L. (Greiz)	2	41	18	135	101	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ j. L. (Gera)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sippe-Deilmold	1	23	28	123	65	—	—</																							

Orte, mit 5870 Betrieben und 17 676 Zimmerern, davon 14 146 Verbandsmitglieder.

Von den Tarifverträgen, die am 31. Dezember 1915 bestanden, waren 330 solche, die auf Grund des Reichstarifvertrages für das Baugewerbe abgeschlossen waren und durch die Zentralorganisationen genehmigt wurden. Der Geltungsbereich dieser Tarifverträge umfaßt 7557 Orte mit 4710 Betrieben und 13 906 Zimmerern, davon 11 596 Verbandsmitglieder.

Die in anderer Form örtlich abgeschlossenen 118 Tarifverträge erstreckten sich über 971 Orte mit 1160 Betrieben und 3770 Zimmerern, davon 2550 Verbandsmitglieder.

Für Zimmerer allein abgeschlossene Tarifverträge bestanden am Jahresluß 114 mit einem Geltungsbereich über 1002 Orte, 1223 Betriebe und 4251 Zimmerer, davon 2961 Verbandsmitglieder.

Für Maurer und Zimmerer gemeinsam waren 25 Tarifverträge abgeschlossen. Diese hatten einen Geltungsbereich über 311 Orte, 130 Betriebe und 376 Zimmerer, davon 291 Verbandsmitglieder.

Für Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter gemeinsam abgeschlossene Tarifverträge bestanden 308, deren Geltungsbereich sich über 7209 Orte, 4506 Betriebe und 13 044 Zimmerer, davon 10 893 Verbandsmitglieder, erstreckt.

Von Zimmerern und Dachdeckern gemeinsam abgeschlossen war 1 Tarifvertrag mit einem Geltungsbereich über 6 Orte, 11 Betriebe und 5 Zimmerer, davon 1 Verbandsmitglied.

Ein Vergleich des Standes der Tarifbewegung am 31. Dezember 1914 mit dem Stand am 31. Dezember 1915 weist eine Zunahme von 1 Tarifvertrag auf. Der Umfang des Geltungsbereiches dieser Tarifverträge erweiterte sich um 247 Orte und 654 Betriebe. Die daran beteiligten Zimmerer und Verbandsmitglieder verringerten sich aber, und zwar um 18 909 Zimmerer und 14 364 Verbandsmitglieder.

Die Verteilung der Tarifverträge auf die preussischen Provinzen und die Bundesstaaten am Jahresluß 1915 zeigt die nebenstehende große Tabelle.

Zum Schluß bringen wir eine Tabelle, die den Bestand und den Geltungsbereich der örtlichen Tarifverträge seit 1907 am Jahresluß veranschaulicht:

Stand der Tarifbewegung am	Tarifverträge	Geltungsbereich			
		Orte	Betriebe	Zimmerer	Mitglieder
31. Dezember 1907..	402	2842	5914	46019	—
31. Dezember 1908..	400	3165	6186	46821	36584
31. Dezember 1909..	419	3878	7037	49751	39545
31. Dezember 1910..	490	7781	17141	53596	40843
31. Dezember 1911..	630	9202	8872	67074	50371
31. Dezember 1912..	697	12896	9684	73527	56288
31. Dezember 1913..	199	2892	2855	15428	12000
31. Dezember 1914..	447	8281	5216	36585	28510
31. Dezember 1915..	448	8528	5870	17676	14146

Bis zum Jahresluß 1912 sehen wir hier eine dauernde Zunahme der Zahl der örtlichen Tarifverträge und eine bedeutende Erweiterung ihres Geltungsbereiches. Die dann folgenden Zahlen erwecken den Anschein, als wäre im Jahre 1913 die Tarifbewegung zusammengebrochen. Wie die Sache in Wirklichkeit liegt, ist oben auseinandergesetzt. Nicht nur der nominelle, sondern auch der tatsächliche Geltungsbereich des Reichstarifvertrages für das Baugewerbe reicht viel weiter als der Geltungsbereich der faktisch abgeschlossenen örtlichen Tarifverträge, womit der überaus blamable Zustand keineswegs beschönigt oder gar verdeckt werden soll. Allein es führt zu Irrtümern mancherlei Art, wenn man den Stand der Tarifbewegung lediglich nicht an der Zahl und dem Geltungsbereich der auf Grund des Haupttarifs seit 1913 abgeschlossenen örtlichen Tarifverträge. Das Tarifgebiet im Baugewerbe ist seit dem Jahre 1912 gewiß nicht kleiner geworden, aber es hat sich auch nicht nennenswert erweitert. Die ganze Tarifbewegung im Baugewerbe stagniert in hohem Maße und daher auch die Misere im Abschluß örtlicher Tarifverträge. An der Zentralstelle der Tarifinstanzen ist eben seit dem Jahre 1913 mehr nach der Methode des „Freischütts“ experimentiert worden, als die Bewegung im Baugewerbe vertragen kann.

### Aus Frankreich.

Von Ad. Thiele.

Bei einem Feste, das in Paris den mit dem Kriegskreuz ausgezeichneten französischen Soldaten gegeben wurde, hat Anfang Februar der Präsident Poincaré eine Ansprache gehalten. Viele Offiziere und Abgeordnete wohnten dem Feste bei. Poincaré betonte nachdrücklich, wie Frankreichs Regierung wieder und wieder Geduld gegenüber Deutschland geübt habe, das von einem brutalen „Kriegswillen“ beherrscht gewesen sei. Er vergaß leider, in diesem Zusammenhange die französischen Gewalttätigkeiten

in Marokko zu beleuchten, die nicht eben von friedfertiger Geduld zeugten, und auf die Tatsache aufmerksam zu machen, daß die Zulassung der russischen 18 Milliarden-Anleihen in Frankreich von der Zusage abhängig gemacht worden ist, daß von Rußland für den größten Teil der Riesensummen militärische Ausstattungsgegenstände angeschafft, strategische Bahnen angelegt und die Weichsel-festungen zu vermeintlich uneinnehmbaren Bollwerken ausgebaut werden mußten. Die von Poincaré gepriesene Geduld seiner Regierung hätte durch diese Hinweise verdächtige Nehnlichkeit erhalten mit der Geduld eines Mannes, der nur um deswillen vom sofortigen Ueberfall auf seinen Nachbar absteht, weil er sich allein das nicht getraut, der aber nur wartet, bis ein Helfershelfer sich gleichfalls genügend vorbereitet hat, so daß sie gemeinsam das löbliche Werk des Ueberfalls mit sicherer Aussicht auf sein Gelingen beginnen können.

Die Unschuldsbeteuerungen Poincarés waren zu weit-schweifig, als daß sie ohne Mißtrauen hingenommen werden könnten. Um so klarer und eindeutiger war, was er über sein Kriegsziel äußerte. Daß er nur einen Frieden will, der seinem Lande „Freiheit, Arbeit und Wohlfahrt“ sichert, ist nicht neu. Das versichern die Staatsmänner aller krieg-führenden Länder. Kein Staatsmann darf wagen, vor der Öffentlichkeit ein anderes Kriegsziel zu nennen. Auch Gorenzhins Nachfolger, der etwas gedölte Reaktions-Stürmer, hat ungefähr das gleiche Ziel als den Inhalt seiner Bestrebungen angekündigt. Doch Poincaré hat hinzugefügt, die Voraussetzung des Friedens sei, daß Frankreich „dem besiegten Feinde seine Bedingungen vorschreibe“ und daß nicht nur das von den Deutschen besetzte Nordfrankreich, sondern auch Elsaß-Lothringen wieder an Frankreich gegeben werde. — Daß die deutsche Reichsregierung nicht daran gedacht hat, das jetzt besetzte Nordfrankreich zu behalten, ist von Bethmann-Hollweg bereits im Dezember deutlich erklärt worden. Was dagegen die Rückgabe von Elsaß-Lothringen anlangt, so ist das einer der Zähne, die sich Poincaré wird ziehen lassen müssen, so schmerzhaft ihm das auch sein mag. Völlig unverständlich ist es, daß der Präsident der französischen Republik die Rückgabe von Elsaß-Lothringen nicht etwa als Friedensbedingung hinstellt, sondern als eine der Voraussetzungen, die bereits erfüllt sein müßten, ehe überhaupt vom Eintritt in Friedensverhandlungen die Rede sein könne.

Wenn bisher französische Blätter in gleicher Weise sich räusperten, so konnte man ihnen das zugute halten, weil sie die Verantwortung für ihre Großsprecherei nicht zu tragen haben. Wenn jedoch der höchste Beamte des Staates den Mund so voll nimmt, dann muß er entweder felsenfest von seinem schließlichen und vollständigen Siege überzeugt sein, oder er täuscht dem Volke nur ein Stärkegefühl vor, von dessen Besitz er weit entfernt ist. Poincaré mußte einsichts-loser sein, als er ist, wenn er im Ernste glauben wollte, die französischen Truppen könnten ihre deutschen Gegner über den Rhein zurücktreiben, oder die gemeinsam mit England verübte wirtschaftliche Erstosselung Deutschlands könne so erfolgreich durchgeführt werden, daß Deutschland durch den Hunger aufs Anie gezwungen werde. Davon kann keine Rede sein. Ist aber weder militärisch noch wirtschaftlich irgendwelche Aussicht, dem Kriege die für Frankreich günstige Wendung zu geben, die Poincaré als Vorbedingung annimmt, und ist er kein politischer so beschränkter Kopf, daß er das nicht auch selbst einsieht, so bleibt nur übrig, seine zur Schau getragene Siegesicherheit als Maske aufzufassen. Er glaubt selbst nicht mehr an das, was er sagt. Er richtet sich nur nach dem Programm seines Kriegsministers Gallieni, der unlängst im Senat erklärte: „Wer das Wort Frieden ausspricht, wird als ein schlechter Bürger betrachtet. . . Der Krieg wird erst enden, wenn Frankreich sagen kann: ich mache Halt; ich habe erreicht, was ich wollte. . .“ — Der Bericht verzeichnete nach diesen Worten „allgemeinen Beifall“.

Es ist doch eine recht bedenkliche und gefährliche Methode, die da von den französischen Regierungsleuten angewandt wird. Wenn die angekündigte Frühjahrs-offensive Zoffres wiederum mißlingen wird — und sie wird mißlingen —, dann soll nach Meinung sicherer Kenner der Volkstimmung in Frankreich mit großer Wahrscheinlichkeit ein Durchbruch des Stimmungswechsels zu erwarten sein, der schon längst sich vorbereitet hat und dem entgegenzuwirken, der Zweck der siegesfähigeren Ministerreden ist. Es ist ein mehr als gewagtes Babanque-Spiel, das die Herren treiben. Das haben anscheinend endlich auch mehrere französische Arbeiterblätter begriffen, die neuerdings nachdenklicher gestimmt sind. Nicht alle! So fragte erst am 18. Januar 1916 in der anarchistischen „Bataille“ Charles Albert, was die deutsche Sozialdemokratie tun müsse, um würdig zu werden, in die Internationale wieder einzutreten. Und da jeder deutsche Sozialdemokrat mit froher Ruhe ablehnen würde, die Frage zu beantworten, gibt er die Antwort gleich selbst. Sie lautet:

1. Die deutsche Sozialdemokratie muß ohne Vorbehalt anerkennen, daß die Mittelmächte Europa angegriffen haben.
2. Sie muß anerkennen, daß infolgedessen eine Sühne nötig sei. Diese Sühne muß in zweifacher Form zum

Ausdruck kommen: Entschädigung an die verheerten Länder und Rückgabe aller Gebiete, die sie gegen den Willen der Völker besetzt halten.

3. Zusammenarbeit mit uns im Ergreifen von allgemeinen Maßregeln, die den Zweck haben, eine stufenweise vorzunehmende Abrüstung und eine rechtliche Organisation der internationalen Beziehungen herbeizuführen.“

Für einen Anarchisten ist das allerhand. Was seine dritte Forderung anlangt, so hat die deutsche Sozialdemokratie an ihrer Verwirklichung bereits gearbeitet, als das Anklein Charles Albert noch nicht geboren war. Auf die vorbehaltlose Anerkennung seitens der deutschen Sozialdemokratie, „daß die Mittelmächte Europa angegriffen haben“ — meines Wissens gehören auch Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu Europa —, wird Albert noch ein wenig warten müssen. Und wer sich zur Zahlung einer Entschädigung wird bereithalten müssen, wird sich bei den Friedensverhandlungen zeigen.

Schon am Tage vorher schrieb der Anarchist Jean Grave in der „Bataille“: „Der Krieg muß fortgesetzt werden. Jetzt für den Frieden zu arbeiten, heißt Deutschlands Pläne und die Militarisierung Europas fördern. Vor allem muß . . . der deutsche Generalstab zerstückt und für immer und ewig unschädlich gemacht werden. Die deutschen Sozialisten, die wieder mit dem internationalen Proletariat in Beziehungen treten wollen, müssen die Revolution in Deutschland machen, die soziale Revolution, wenn es möglich ist, die politische Revolution, wenn sie nicht mehr als diese machen können. Auf jeden Fall müssen sie den Imperialismus und den Militarismus stürzen.“

Schön! Aber vielleicht gestattet Herr Grave die Frage, was die Regierungen von Frankreich, England und Rußland während und nach der Revolution in Deutschland machen würden.

### Aus Italien.

Von Ad. Thiele.

Als in überraschend schnellen Stößen trotz ungünstiger Witterungs- und Verpflegungsverhältnisse Serbien von den Mittelmächten und Bulgarien besetzt worden war, schrieb der Pariser Mitarbeiter des römischen „Secolo“, nunmehr könne Deutschland die Türkei mit allem nötigen Kriegsbedarf versehen. Das müsse „durch überraschendes Zugreifen“ der Westmächte verhindert werden. Die alte Taktik des Abnutzungskrieges gegenüber den Mittelmächten sei aufgegeben und eine neue Taktik des Niederdonnerns und Zerstückerns anzuwenden. Auch Italien müsse natürlich daran teilnehmen. Darauf antwortete unser Mailänder Parteiblatt „Avanti“ mit folgender von der Zensur zugelassener Kritik: „Also nicht mehr Abnutzung, sondern Niederdonnern, nicht mehr Zerstückung, sondern Ueberrumpelung! Der sehr pariserische Mitarbeiter des „Secolo“, der italienisch schreibt, aber französisch denkt, verlangt also im Grunde vom Vierverband den blühartigen Sieg in Saloniki, den niederdonnernden Ueberfall, kurzum einen Persönlichkeitenskrieg. Nun, dieses Ziel — der Sieg — läßt sich hören. Aber was die Mittel, es zu erreichen, betrifft, glauben wir uns wirklich nicht mehr auf die uns von Paris vorgezeichneten verlassen zu sollen. Die Korrespondenten dort, die französisch denken und italienisch schreiben, haben sich viel widersprochen und sind zu oft von der Wirklichkeit Lügen gestraft worden. Sie sind von nun ab im höchsten Maße ungeeignete Ratgeber. Sie haben uns noch nicht einmal erklärt, warum sie die Waffe der Abnutzung in die Scheide stecken, und schon ziehen sie mit der „Niederdonnerungs“ waffe blank. Und wir finden, daß es jetzt an der Zeit ist, mit dem zu rechnen, was Italien muß, kann und will, und nicht etwa wieder mit dem, was Frankreich wünscht.“

Die Antwort des „Avanti“ ist aus doppeltem Grunde wertvoll. Einmal um ihres Inhalts willen, dann aber auch, weil sie die Genehmigung der Zensur erhalten hat, trotz zweimaliger Betonung des Gegensatzes zwischen französischen und italienischen Interessen. Noch vor wenigen Monaten hätte die Zensur zweifellos ähnliche scharfe Auslassungen unterdrückt. Denn auch der Blinde fühlt es mit dem Stocke, daß mit den Mitteln, die „von Paris vorgezeichnet“ sind, nicht allein, vielleicht überhaupt nicht die Schwächeren gemeint sind, die von französischen Journalisten in italienischen Blättern verzapft werden, sondern daß damit die lästige Vormundschaft getroffen werden soll, die von der französischen Regierung in militärischen Angelegenheiten über Italien ausgeübt wird.

In Italien ist schon stets eine kriegsgegnerische Partei vorhanden gewesen. Nicht nur in Arbeiterkreisen befanden sich zahlreiche Feinde eines bewaffneten Eingreifens in den Weltkrieg. Es sei daran erinnert, daß der frühere Ministerpräsident Giolitti ausgesprochener Gegner der Kriegsteilnahme war. Als an dem Unglück nichts mehr geändert werden konnte, haben er und seine Parteigänger ihren offenen Protest unterdrückt, weil Volk und Land nun einmal auf Gedeih und Verderb an die Westmächte gekettet

waren. Doch Kriegsfreunde sind sie dadurch nicht geworden; sie sind es auch heute noch nicht. Der bisherige Verlauf des Krieges hat ihnen recht gegeben. Wirklich Kriegsbegeisterte gibt es jetzt in Italien überhaupt kaum noch. Auf Persönlichkeiten wie den Dichter d'Annunzio, der einer der Hauptschürer zum Kriege war, häuft sich die allgemeine Verachtung und Erbitterung. Fast neun Monate sind verstrichen, seit der fanfarenreich begonnene Feldzug währt, Aberhunderttausende Männer sind gefallen oder verwundet worden, Milliarden über Milliarden wurden verausgabt, und doch ist trotz aller draufgängerischen Todesverachtung der italienischen Kerntruppen kein Schritt nach vorwärts zu gewinnen gewesen. Den schmalen Strich bis zum Tjongo hatte Oesterreich von vornherein preisgegeben, weil er keine militärisch sichere Stellung bot. Darüber hinaus vermochten und vermögen die italienischen Heere nicht zu dringen. Kaum Augenblickserfolge waren ihnen vergönnt. In den letzten Wochen sahen sie sich sogar in ihren alten Stellungen bedroht.

Dazu das Drama in Montenegro und Albanien, zu dem sich die beständigen Vorwürfe aus England und Frankreich gesellen, Italien habe nichts geleistet. Wenn angefaßt dieser Tatsachen in Italien eine allgemeine Verdrossenheit sich eingefressen hat, deren Schärfe nicht dadurch gemindert wird, daß sie sich noch nicht offen hervorwagt, so ist das wahrlich nicht wunderbar. Salandra, Sonnino, Barzilai und andere Minister reisen verdächtig oft im ganzen Lande herum, um in öffentlichen Reden die Kriegsbegeisterung wachzuhalten. Doch unterscheidet sich ihr Ton ganz merklich gegenüber früheren Ansprachen. Sie beschränken sich in der Hauptsache auf die Verteidigung, auf den vorsichtigen Nachweis, Italien habe nicht anders handeln können. Ein gedämpfter Klang durchzieht die Reden. Und wenn auch der Glaube an den Sieg verkündet wird, so fehlen doch nicht düstere Klagen über die unüberwindlichen Schwierigkeiten, denen die Truppen an der Front begegnen, über die Schwere der Lasten, die dem Lande aufgebürdet werden müssen, über die ungerechten Vorwürfe, denen Italien trotz aller Opfer seitens seiner eigenen Verbündeten ausgesetzt ist.

Ein sicherer Maßstab für die innerliche Siegesgewißheit ist das Verhalten der Geldleute bei den Kriegsanleihen. Schon die erste italienische Kriegsanleihe mißriet. Die neuerdings ausgeschriebene zweite hat ein so kümmerliches Ergebnis gehabt, daß der Zeichnungstermin verlängert werden mußte. Auch die Zusatzfrist ist verstrichen; aber die Regierung getraut sich nicht das Endergebnis bekanntzugeben. Nur jodelt verkantet, daß ein recht erheblicher Teil der neuen Anleihe mit älteren Staatspapieren bezahlt worden ist, woran natürlich der Regierung nichts gelegen sein kann. Da begreift man die Stimmung, aus der heraus der Minister Martini unlängst in Florenz öffentlich erklärte: „Alles können wir nicht, und alles dürfen wir nicht; wir dürfen namentlich nicht voraussehende Niederlagen suchen, unsere Kräfte nicht zersplittern, unsere technischen Mittel nicht zerstreuen, die im gegenwärtigen Kriege so vielseitig sein müssen...“ — Dazu die Kohlennot und der Getreidemangel. Vor dem Kriege kostete die Tonne englischer Kohle 48 Lire, jetzt an 200, und selbst für diesen Preis ist sie nicht in genügender Menge zu haben. Die englischen Kohlenbarone verstehen sich aufs Geschäft mit ihren Verbündeten.

Und kein Ausweg zu sehen! Die albanische Aktion haben Frankreich und England großmütig Italien allein überlassen. Wie sie enden wird, darüber besteht in Italien am wenigsten ein Zweifel. Ist es da erstaunlich, daß Salandra amtsmüde geworden ist? Aber Giolitti hat die Erbschaft dankend abgelehnt. Er weiß warum.

**Keine Krankenversicherungspflicht bei einer Beschäftigung in Rußisch-Polen.**

Der Zeitschrift „Arbeiterversorgung“ entnehmen wir folgende für unsere Kameraden äußerst wichtige Entscheidung des Versicherungsamts Kiel vom 28. Dezember 1915 — G III 117/15. — Nach dieser Entscheidung beschäftigt eine Firma in Kiel bei umfangreichen Tiefbauarbeiten, die sie im Auftrage der deutschen Heeresverwaltung in Rußisch-Polen ausführt, eine Reihe von deutschen Arbeitern, die sie zum Teil von Kiel aus dorthin entsandt hat. Sie nahm für diese (einzeln aufgeführten) Arbeiter die Mitgliedschaft bei der Ortskrankenkasse Kiel in Anspruch. Die Kasse verhielt sich ablehnend. Das von der Firma angerufene Versicherungsamt verneinte die Mitgliedschaft mit folgender Begründung:

„Die in Frage stehenden Arbeiten finden nicht im Bezirke der Kieler Ortskrankenkasse, sondern im Ausland statt. Maßgebend für die Kassenzuständigkeit ist der Beschäftigungsort. Als solcher gilt der Betriebsort — nur wenn dieser maßgebend ist, läßt sich die Zuständigkeit der Kieler Kasse begründen — nur ausnahmsweise, nämlich für Beschäftigungsverhältnisse ohne feste Betriebsstätte (§ 154 der Reichsversicherungsordnung). Es ist aber nach Art und Umfang der in Frage stehenden Arbeiten zweifellos, daß die Firma in Polen, also im Ausland, eine feste Arbeitsstätte (Betriebsstätte) im Sinne des § 153 der Reichsversicherungsordnung hat (vergleiche Hahn, Handbuch, § 153 Anmerkung 2, Hahn, § 153 Anmerkung 4). Damit entfällt die Zuständigkeit der Kieler Ortskrankenkasse wie jeder sonstigen reichsgesetzlichen Krankenkasse. Ob etwa anders zu entscheiden sein

würde, wenn die Firma eine eigene Betriebskrankenkasse bestände, kann dahingestellt bleiben, denn eine solche besteht nicht. Auch ist hier nicht zu prüfen, ob vielleicht im Einzelfall die Voraussetzungen für freiwillige Weiterversicherung bei einer deutschen Kasse vorgelegen haben oder vorliegen. Ebensovienig ist der Frage borgegriffen, ob für die Unfall- und die Invalidenversicherung etwa unter dem Gesichtspunkt der Ausstrahlung des heimischen Betriebes anders zu entscheiden ist; denn für das Gebiet der Krankenversicherung ist die Rechtslage eben eine andere als für die übrigen Versicherungszweige (vergleiche dazu Traandner, Monatschrift für Arbeiter- und Angestelltenversicherung, 1915, Spalte 615 ff., und Hahn, Arbeiterversorgung, 1915, Seite 697). Das Ergebnis ist also, daß die betreffenden Arbeiter aus dem Versicherungsdruck der deutschen Krankenkassenversicherung herausfallen. Das mag bedauerlich sein, ist aber in der Eigenart der Sachlage, der nur durch besondere Vorschriften Rechnung getragen werden kann, begründet. Als richtig erweist sich das gewonnene Ergebnis auch darin, daß es der Kieler Kasse ja offenbar ganz unmöglich ist, in Rußisch-Polen ihrer Satzung gemäß Krankenhilfe zu gewähren.“

In der Entscheidung wird unter anderem auch auf die freiwillige Weiterversicherung hingewiesen. Leider erlischt diese, wenn das Mitglied sich nicht mehr im Inlande aufhält. Mit Rücksicht darauf, daß von einzelnen größeren Firmen Hunderte von Arbeitern im bestehenden Ausland beschäftigt werden, ist der Erlass besonderer Vorschriften eine dringende Notwendigkeit. Für den Kriegsteilnehmer gilt im Falle der Weiterversicherung das Ausland als Inland. In erster Linie ist dafür einzutreten, daß mittels einer Verordnung oder eines Gesetzes die Krankenversicherung auf die im bestehenden Ausland von deutschen Firmen beschäftigten Arbeiter ausgedehnt wird. Will man nicht so weit gehen, dann müßte man für die freiwillige Weiterversicherung die bestehenden Gebiete dem Inlande gleichstellen. Solange aber weder die eine noch die andere Vergünstigung geschaffen ist, wollen unsere Kameraden vor Annahme der Arbeit die Haftpflicht des Unternehmers im Falle einer Erkrankung schriftlich garantieren lassen. Geschieht das nicht, dann sind die Arbeiter, wie wir im vorliegenden Falle von Kiel gesehen haben, die Geschädigten.

Sehen wir uns nun zum Schluß noch kurz an, was der bekannte Sozialpolitiker Amtsgerichtsrat Hahn in seinem Kommentar über Beschäftigungen im Auslande sagt. Es heißt darüber in der Vorbemerkung zum § 153 der Reichsversicherungsordnung: „Auch für die Frage der Versicherungspflicht selbst, nicht nur für die Frage der Kassenzugehörigkeit, kann es auf den Beschäftigungsort ankommen, so im Falle des § 167, und ferner, wenn es sich darum handelt, ob eine tatsächlich im Auslande sich vollziehende Beschäftigung bei Anwendung der §§ 153 ff. als Beschäftigung im Inlande anzusehen ist. Die Geltung des Reichsgesetzes findet grundsätzlich zwar ihre Schranke an den Grenzen der inländischen Staatsgewalt, so daß Beschäftigung im Auslande regelmäßig nicht versicherungspflichtig ist. Wenn aber nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über den Beschäftigungsort ankommen, so ist im Falle des § 167, und ferner, wenn es sich darum handelt, ob eine tatsächlich im Auslande sich vollziehende Beschäftigung bei Anwendung der §§ 153 ff. als Beschäftigung im Inlande anzusehen ist. Die Geltung des Reichsgesetzes findet grundsätzlich zwar ihre Schranke an den Grenzen der inländischen Staatsgewalt, so daß Beschäftigung im Auslande regelmäßig nicht versicherungspflichtig ist. Wenn aber nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über den Beschäftigungsort ankommen, so ist im Falle des § 167, und ferner, wenn es sich darum handelt, ob eine tatsächlich im Auslande sich vollziehende Beschäftigung bei Anwendung der §§ 153 ff. als Beschäftigung im Inlande anzusehen ist. Die Geltung des Reichsgesetzes findet grundsätzlich zwar ihre Schranke an den Grenzen der inländischen Staatsgewalt, so daß Beschäftigung im Auslande regelmäßig nicht versicherungspflichtig ist. Wenn aber nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über den Beschäftigungsort ankommen, so ist im Falle des § 167, und ferner, wenn es sich darum handelt, ob eine tatsächlich im Auslande sich vollziehende Beschäftigung bei Anwendung der §§ 153 ff. als Beschäftigung im Inlande anzusehen ist.“

Anmerkung: Uns sind bis jetzt Vereinbarungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen für Arbeiter in Rußisch-Polen von vier Firmen bekannt geworden, nämlich von Dyckerhoff & Widmann, Grün & Wilfinger, Holzmann & Cie. und Julius Berger, Tiefbau-Aktiengesellschaft, Berlin. Nur zwei dieser Firmen haben unseres Wissens in die Vereinbarungen Bestimmungen über die Krankenversicherung aufgenommen, und zwar Grün & Wilfinger und Dyckerhoff & Widmann. In den mit der Firma Grün & Wilfinger getroffenen Vereinbarungen heißt es hierüber: „Sämtliche Eingestellten werden in die Betriebskrankenkasse aufgenommen und erkennen deren Bedingungen und Satzungen an.“ Nach den mit der Firma Dyckerhoff & Widmann vereinbarten Abmachungen werden hingegen „sämtliche Eingestellten in die Ortskrankenkasse Viebrich aufgenommen“. In welcher Art die bei der Firma Holzmann & Cie. in Rußisch-Polen beschäftigten Zimmerer gegen Krankheit versichert sind, entzieht sich unserer Kenntnis, und von der Firma Julius Berger, Tiefbau-Aktiengesellschaft, Berlin, wissen wir nur, daß die mit ihr getroffenen Vereinbarungen eine Bestimmung enthalten, wonach „erkrannte Leute sich zur Erlangung eines Krankenscheines nur an das Baubureau zu wenden“ haben. Daraus ergibt sich schon, daß die Frage der Krankenversicherung auch für unsere in Rußisch-Polen beschäftigten Mitglieder keineswegs geregelt und Vorsicht deshalb in jeder Hinsicht am Platze ist. Die Redaktion.

**Der Arbeitsmarkt im Dezember 1915.**

(Aus dem „Reichs-Arbeitsblatt“.)

Der Beschäftigungsgrad der Industrie war im allgemeinen auch im Berichtsmonat befriedigend und bei den Hauptindustrien, die der Kriegswirtschaft dienen, gut und recht gut. Eine Ausnahme macht nur der Baumarkt und das mit Arbeitseinsparungen tätige Webstoffgewerbe. In der Regel ist dem gleichen Monat des Vorjahres gegenüber die Lage der Industrien im Berichtsmonat besser gewesen.

Am regsten beschäftigt waren nach wie vor Bergbau- und Hüttenwesen, wie die meisten Zweige der Metall- und Maschinenindustrie. Die chemische Industrie wie die Holz-

industrie zeigen im ganzen unveränderte Geschäftslage. Teilweiser Besserung erfreut sich die elektrische Industrie wie das Nahrungsmittelgewerbe. Die Binnenschifffahrt zeigt für den Rheinschiffahrtsverkehr ein sehr günstiges Bild.

Die Nachweisungen der Krankenkassen ergeben für die in Beschäftigung stehenden Mitglieder am 1. Januar 1916 dem 1. Dezember 1915 gegenüber eine Abnahme der männlichen Beschäftigten um 90 850 oder 1,88 v. H. gegenüber einer Verringerung um 1,58 v. H. im Vormonat; bei den weiblichen Beschäftigten ist abweichend von den Feststellungen für die Vormonate, jedoch in Übereinstimmung mit der um die Jahreswende regelmäßig eintretenden Verringerung der weiblichen Beschäftigung ein Rückgang um 68 322 oder 1,67 v. H. (gegenüber einer Steigerung um 0,64 v. H. im Vormonat) zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der Beschäftigten hat um 159 172 oder 1,78 v. H. im Vergleich zu 0,58 v. H. im Vormonat abgenommen. Die Steigerung der Abnahme der Beschäftigten geht fast allein auf den Rückgang der Ziffer der weiblichen Beschäftigten zurück. Diese Verminderung ist wie in früheren Jahren auch diesmal im wesentlichen eine Folge der Beendigung des Weihnachtsgeschäftes. Zu berücksichtigen ist bei dem Rückgang der männlichen Beschäftigungsziffer, daß der Umfang der Kriegsgefangenenarbeit, der nicht unberücksichtigt ist und vielfach von Monat zu Monat zunimmt, in den Ergebnissen der Krankenkassenstatistik nicht zur Erscheinung kommt.

Von 829 978 Mitgliedern, über welche von 39 Fachverbänden berichtet worden ist, waren 21 674 oder 2,6 v. H. arbeitslos. Im Vormonat war über 881 100 Mitglieder berichtet und eine Zahl von 22 171 Arbeitslosen oder 2,5 v. H. festgestellt worden. Der Anteil der Beschäftigungslosen war im Dezember demnach um ein geringes höher als im Vormonat; eine Erleichterung, die Ende des Jahres infolge der größeren Arbeitslosigkeit vor allem im Baugewerbe regelmäßig, und zwar meist in stärkerem Maße, wahrzunehmen ist. Im Dezember 1914 hatte die Arbeitslosigkeit noch 7,2 v. H. betragen. Auch im gleichen Monat des letzten Friedensjahres, im Dezember 1913, stellte sich die Arbeitslosenziffer auf 4,8 v. H., also beträchtlich höher als im Berichtsmonat.

Die Statistik der Arbeitsnachweise zeigt für den Berichtsmonat gegenüber dem Vormonat bei den Männern eine unbedeutende Zunahme, bei den Frauen eine ziemlich beträchtliche Verringerung des Andranges. Es entfallen nämlich im Berichtsmonat auf 100 offene Stellen bei den Männern 90 gegenüber 89 Arbeitsuchenden in den Monaten September bis November; bei den Frauen kommen auf 100 offene Stellen im Dezember 1915 151 Arbeitsgesuche gegenüber 179 im November und 182 im Oktober 1915.

Die Berichte der Arbeitsnachweisverbände lassen für Posen, Schlesien, Hannover, Braunschweig und Oldenburg wie für Westfalen und ferner für Bayern eine wesentliche Änderung in der Lage des Arbeitsmarktes nicht erkennen. In Hamburg hat sich der Arbeitsmarkt für die männlichen Beschäftigten gegenüber den Vormonaten gleichfalls nicht verschoben, während bei den weiblichen Erwerbstätigen die Zahl der Arbeitsuchenden bei gleichzeitiger Steigerung der offenen Stellen nicht unwesentlich abgenommen hat. Für Provinz Sachsen und Anhalt wird betont, daß bei zahlreichen Zuckerfabriken infolge der Beendigung ihrer Haupttätigkeit Arbeiterentlassungen vorkamen, daß aber, insbesondere für die männlichen Beschäftigten, die Unterbringung der Arbeitskräfte ohne Schwierigkeiten möglich war; auch für die Arbeiterinnen erfolgten erhebliche Einstellungen in andern Berufen. Aus Schleswig-Holstein wird über andauernd befriedigende, teilweise sogar günstige Lage des Arbeitsmarktes berichtet. Auch in Württemberg wird die Lage als weiterhin gebessert, namentlich für Arbeitssuchende weiblichen Geschlechts, gekennzeichnet. Im Rheinland stieg die Nachfrage nach Arbeitskräften im Bergbau- und Hüttenwesen; in der Eisen- und Stahlindustrie wie im Webstoffgewerbe blieben die Verhältnisse im allgemeinen unverändert, während im Baugewerbe sich ein Rückgang von Angebot wie Nachfrage zeigte. In Hessen und Posen-Maschau wie in Baden und auch Pommern war der Arbeitsmarkt wie jedes Jahr um diese Zeit ruhig; auch für Brandenburg-Berlin war der Verkehr auf dem Arbeitsmarkt im Dezember weniger reger als im November.

**Verbandsnachrichten.**

**Bekanntmachungen der Gauvorkände. Gau 12 (Thüringen). Jahresbericht.**

Der Baumarkt hat sich im verfloffenen Jahre gegenüber dem letzten Halbjahr 1914 nicht gehoben. Er lag besonders im Thüringer Wald, wo die Spielwaren-, Porzellan- und Glasindustrie zu Hause ist, vollständig daneben. Arbeit war nur in den Orten genügend vorhanden, wo Bedarfsartikel für die Heeresverwaltung hergestellt werden, ferner in Erfurt, Sömmerda, Gotha, Eisenach, Jena und Weimar, wo es sich um Erweiterungsarbeiten, neue Fabrikanlagen, Lagerräume usw. handelte. Ein größerer Teil Zimmerer ist in den Fabrikbetrieben selbst bei Herstellung von Waffen, Flug- und Fahrzeugen beschäftigt, so daß trotz der schlechten Privatbauwirtschaft keine wesentliche Arbeitslosigkeit vorhanden war. Den durch die ständigen Erhebungen ermittelten Arbeitslosen konnte immer in den obengenannten Orten Arbeit nachgewiesen werden. Mitunter konnte sogar die Nachfrage nach Zimmerern nicht gedeckt werden, so daß die Kameraden, die an den Fabrikneubauten beschäftigt waren, sich gezwungen sahen, Ueberstunden, auch in den Wintermonaten, zu arbeiten. Daß nicht immer alle Arbeitsstellen besetzt werden konnten, lag mit daran, weil ein Teil Kameraden, vorwiegend ältere, sich von ihrer Wohnung nicht sechs Tage in der Woche trennen wollten. Oft lebten sie es unter nichtsfahenden Gründen ab, Arbeit außerhalb anzunehmen und erklärten, lieber auf Arbeitslosenunterstützung verzichten zu wollen.

Die drückende Teuerung, die auch von den Zimmerern sehr stark empfunden wird, veranlaßte die Kameraden in Erfurt, Eisenach, Jena, Weimar und Salzungen, von

ihren Arbeitgebern Teuerungszulagen zu fordern, und zwar nur von denjenigen, die direkt oder indirekt Arbeiten für die Heeresverwaltung auszuführen hatten und von denen bekannt war, daß sie für die auszuführenden Arbeiten Preise erhielten, die sie in den Stand setzten, ihren Arbeitern den veränderten Zeitverhältnissen entsprechende höhere Löhne zahlen zu können. Mit wenigen Ausnahmen hatten die Arbeitgeber und insbesondere der Vorstand des Thüringer Bezirksarbeiterverbandes kein Verständnis für die soziale Lage ihrer Arbeiter. Letzterer lehnte nicht nur eine Teuerungszulage ab, sondern er verbot seinen Mitgliedern bei Strafe, höhere als die tariflichen Löhne zu zahlen.

Ueber Verhandlungen und Schriftwechsel mit den Arbeitgebern und der Militärverwaltung ist im „Zimmerer“ Nr. 45 und 48, Jahrgang 1915, schon berichtet, so daß sich eine Wiederholung hier erübrigt.

Trotz des Verbotes des Arbeitgeberverbandes an seine Mitglieder, höhere als die tariflichen Löhne zu zahlen, gab es doch einige einsichtsvolle Arbeitgeber, die den Zeitverhältnissen, wenn auch nur in bescheidenem Maße, Rechnung getragen haben. Eine rühmliche Ausnahme hat die Ortsgruppe des Arbeitgeberverbandes in Salzgungen gemacht. Die dortigen Arbeitgeber verständigten sich mit ihren Arbeitern auf eine zehnprozentige Lohnerhöhung während der Kriegszeit. Bemerkenswert ist nur, daß in Salzgungen keine Arbeit für die Heeresverwaltung, sondern nur eine beschränkte Privatbautätigkeit vorhanden war. In Eisenach bezahlten die Arbeitgeber, die Aufträge hatten, 3 1/2 pro Stunde mehr. In Jena zahlte die Firma Dyckerhoff & Widmann pro Tag 50 1/2 Teuerungszulage und in Weimar die Firma Heiser an die verheirateten Kameraden pro Tag 25 1/2.

In Erfurt zahlte die Betonfirma Wahj & Freytag im Laufe der Sommermonate 4 1/2 über den tariflichen Lohn. Dieser Zuschlag wurde auf Betreiben des Thüringer Bezirksarbeiterverbandes rückgängig gemacht. Da die Firma aber befürchten mußte, daß bei einer Lohnreduzierung die Zimmerer weglassen würden, wurden wöchentlich mehrere Stunden gutgeschrieben, also mehr Stunden geschrieben und bezahlt, als in Wirklichkeit gearbeitet wurden. Die Kameraden standen sich bei diesem von der Firma eingeführten System noch besser als vordem. Die Betonfirma Wetterlein, die ebenfalls größere Arbeiten für die Militärverwaltung auszuführen hat, befolgte den Rat des Arbeitgeberverbandes, keine Teuerungszulage zu zahlen. Die Folge davon war, daß sich die bei der Firma beschäftigten Zimmerer andere, lohnendere Arbeit suchten. Erst als fast alle Zimmerer die Firma verlassen hatten, erteilte der Thüringer Bezirksarbeiterverband auf Antrag der Firma die Genehmigung, 2 1/2 pro Stunde mehr zahlen zu dürfen.

So ist auch im Thüringer Bezirk durch Verhandlungen und Schriftstücke einwandfrei festgestellt, daß es der Arbeitgeberverband verhindert hat, eine Teuerungszulage zu zahlen. Dadurch ist der von der Heeresverwaltung für die fraglichen Arbeiten gezahlte höhere Preis allein den Arbeitgebern, nicht den Arbeitern zugute gekommen. Darüber, wie viele Mitglieder des Gaues zum Militär eingezogen sind sowie über die Arbeitslosigkeit und Krankheit im Gau geben nachstehende Zahlen Aufschluß:

Datum	Zum Militär eingezogen	Arbeitslos	In Arbeit	Krank	Gesamtzahl der Mitglieder
16. Januar ...	1185	226	1166	47	2624
30. " ...	1235	276	1062	47	2620
13. Februar ...	1290	226	1066	50	2612
27. " ...	1334	193	1093	39	2659
15. März ...	1362	150	1084	38	2634
27. " ...	1407	88	1110	30	2629
10. April ...	1445	68	1070	25	2613
24. " ...	1502	48	1123	25	2698
15. Mai ...	1569	20	1111	18	2718
29. " ...	1616	23	1092	19	2750
12. Juni ...	1628	17	1094	23	2762
26. " ...	1663	12	1087	20	2781
10. Juli ...	1663	52	981	31	2727
24. " ...	1702	12	1016	29	2759
14. August ...	1722	17	945	20	2704
28. " ...	1732	13	957	20	2710
11. September ...	1754	10	946	17	2727
25. " ...	1804	10	878	19	2711
16. Oktober ...	1890	12	862	20	2724
30. " ...	1855	3	850	17	2725
13. November ...	1874	7	832	21	2734
27. " ...	1915	11	792	18	2736
11. Dezember ...	1929	11	789	18	2747
24. " ...	1939	23	753	19	2734

Von den 1939 zum Militär eingezogenen Mitgliedern sind 1801 verheiratet und 638 ledig. Die verheirateten Mitglieder haben zusammen 2758 Kinder. Gefallen sind im Bezirk, soweit Mitteilungen darüber vorliegen, 110 Mitglieder. Am 16. Januar 1915 waren 413 Mitglieder mehr beschäftigt als am 24. Dezember 1915. Gegenüber waren am 24. Dezember 754 Mitglieder mehr zum Militär eingezogen als am 16. Januar.

Ueber die Mitgliederbewegung während der Kriegszeit unterrichtet nachstehende Tabelle:

Am Schlusse des 2. Quart. 1914.	Eingetretene		Ausgetretene		Gestorbene		Abgetretene		Gesamtzahl				
	Erneuert	Zugeworben	Restanten	Abgetretene	Gestorbene	Abgetretene	Restanten	Abgetretene	Restanten	Abgetretene			
3. Quart. 1914	76	14	78	45	210	1059	3	71	167	127	1427	1810	
4. " 1914	58	15	73	52	161	223	5	84	161	37	510	1461	
1. " 1915	35	8	43	29	14	86	243	3	21	91	13	571	1176
2. " 1915	151	21	172	36	24	232	180	—	35	139	38	392	1016
3. " 1915	83	19	102	27	10	139	153	1	18	111	31	314	841
4. " 1915	61	18	79	35	153	110	—	10	39	84	243	751	—
Summa	464	95	559	242	180	981	1968	12	239	708	330	3257	—

Während des Krieges sind noch 559 Mitglieder neu beziehungsweise wiederaufgenommen. Darunter sind außer den Jungesellen, die Ostern 1915 ausgemerzt hatten, größtenteils ältere Leute, die jahrelang im Zimmererberuf wegen ihres Alters oder infolge Invalidität nicht eingestellt wurden, jetzt aber bei dem zeitweiligen Mangel an Zimmerern wieder mit beschäftigt werden. Es befinden sich auch Leute darunter, die vor Ausbruch des Krieges selbstständig arbeiteten, jetzt aber infolge der schlechten Privatbautätigkeit gezwungen sind, wieder wie vordem als Gesellen zu arbeiten.

Als ausgetreten sind in vorstehender Tabelle auch die Mitglieder geführt, welche zum Militär eingezogen sind. Das sind 1939. In Wirklichkeit sind nur 29 Mitglieder ausgetreten. Zugereist sind 242 Mitglieder, dagegen abgereist 708 Mitglieder; mithin 466 Mitglieder mehr als zugereist sind. Das beweist einesteils, daß nicht alle Mitglieder innerhalb des Bezirks Arbeit finden konnten, andernteils aber auch, wie es zum Beispiel in Erfurt bei der Firma Wetterlein der Fall war, die es ablehnte, eine Teuerungszulage zu zahlen, daß sich Mitglieder außerhalb des Bezirkes lohnendere Beschäftigung gesucht haben.

Im Berichtsjahre hat durch die fortgesetzten Einberufungen zum Militär ein großer Wechsel unter den Vorstandsmitgliedern stattgefunden. Es bedurfte oft großer Mühe, die Lücken wieder auszufüllen. In fünf Zahlstellen besorgen die Frauen der eingezogenen Kassierer die Kassengeschäfte, damit die Zahlstellen aufrechterhalten bleiben. Zwei Zahlstellen mußten infolge der Einberufungen vorläufig geschlossen werden.

Die Tätigkeit des Gauleiters erstreckte sich auf 336 Anzeigen. Es fanden statt: 6 Gauversammlungen, 1 Gaukonferenz und 79 Sitzungen, und zwar letztere meistens in den Zahlstellen; wo Versammlungen nicht abgehalten werden konnten. Die Kassengeschäfte, wie Fertigtstellen der Quartalsabrechnungen, Beiträge Kassierer, Auszahlen der Familienunterstützung usw., erforderten 125 Reisen. Versammlungen, die zum Teil den Verhältnissen entsprechend gut besucht waren, haben 95 stattgefunden, Verhandlungen mit Arbeitgebern 11. Besondere Aufträge und sonstige Angelegenheiten wurden 19 erledigt. Das Hauptaugenmerk mußte auf die Kassengeschäfte und die Arbeitsvermittlung gerichtet werden. An Postausgängen sind 1831 zu verzeichnen und an Posteingängen 1402.

Wir wollen hoffen, daß der Friede recht bald wieder hergestellt wird, damit unsere im Felde stehenden Kameraden in ihre Heimat zurückkehren können. Den noch zu Hause gebliebenen Kameraden aber rufen wir zu: Tut alles, was im Interesse der Organisation notwendig ist, damit, wenn die Kameraden aus dem Felde zurückkommen, auch wir jagen können: wir haben unsere Pflicht erfüllt.  
Richard Rudloff, Erfurt.

### Gau 6 (Dresden).

#### Jahresbericht.

Wenn wir zu Beginn des Jahres hofften, der Krieg würde bis Jahreschluss sein Ende erreichen, so haben wir uns getäuscht. Das Völkerringen geht weiter, und noch ist kein Ende abzusehen. Durch die Einziehungen zum Militär sind unsere Reihen stark gelichtet worden, jedoch ist es gelungen, die Zahlstellen zu erhalten bis auf Cottbus, Peitz und Ruhland, wo alle Mitglieder zum Kriegsdienst eingezogen wurden.

Die Bautätigkeit war, den Verhältnissen entsprechend, als mittelmäßig zu bezeichnen. Daß die Arbeitslosigkeit beschränkt blieb, ist zum großen Teil den Kriegsbauten zu danken. Allerdings lagen die Arbeitsverhältnisse in unserm Gau verschieden; während die Zahlstellen Schlesiens und der Niederlausitz nur wenig Arbeitslosigkeit zu verzeichnen hatten, waren die sächsischen Zahlstellen allgemein mehr davon betroffen. Speziell Dresden und die Zahlstellen der Oberlausitz hatten im Januar und Februar mit Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Im Frühjahr besserte sich dieser Zustand. Vom Juli bis September gab es wenige Arbeitslosigkeiten. Im Oktober und November bestand sogar in verschiedenen Zahlstellen Nachfrage nach Zimmerern. Dagegen ist im Dezember die Arbeitslosenziffer wieder gestiegen, ohne jedoch zu besonderen Befürchtungen Anlaß zu geben. Ein weiterer Grund des im allgemeinen nicht ungünstigen Arbeitsmarktes in unserm Beruf lag auch mit an der starken Einziehung unserer Mitglieder zum Militär.

Nachstehende Tabelle zeigt die Arbeitslosenziffer bei den einzelnen Feststellungsterminen:

	Zum Militär	Arbeitslos	In Arbeit	Krank
30. Januar .....	2697	1160	2690	136
27. Februar .....	2801	815	2928	129
27. März .....	3058	408	3076	104
24. April .....	3265	294	2981	84
29. Mai .....	3437	180	2973	82
26. Juni .....	3555	160	2881	75
24. Juli .....	3605	89	2894	78
28. August .....	3698	93	2815	65
25. September .....	3793	38	2769	69
30. Oktober .....	3961	27	2598	64
27. November .....	3996	88	2526	78
24. Dezember .....	4030	155	2417	81

Am 24. Dezember wurde mit festgestellt, daß von den in Arbeit stehenden 396 Mitglieder in andern Berufen beschäftigt waren.

Die Kriegsarbeitsgemeinschaft, für die ein Ausschuß für die Kreishauptmannschaft Dresden gebildet wurde, hielt im Laufe des Jahres drei Sitzungen ab, an denen für das Baugewerbe ein Vertreter des Bauarbeiterverbandes teilnahm. Aus dessen Bericht sind folgende Eingaben und Gesuche hervorzuheben:

1. Ein Gesuch an Herrn Rechtsanwalt Dr. Eibes wegen Inangriffnahme des Neubaus einer katholischen Schule.
2. Ein Gesuch an die Landesversicherungsanstalt wegen Darlehens zum Neubau des Vereinshauses „Freundinnen junger Mädchen“, damit dieser Bau begonnen werden könne. Hierauf erfolgte ein ablehnender Bescheid. In dessen ist der Bau dennoch in Angriff genommen worden.

3. Ein Gesuch an die Landesgenossenschaftskasse um Gewährung von Geldern für erste Hypotheken. Genannte Kasse bedauerte aber, mit ihrem Schreiben einen abschlägigen Bescheid erteilen zu müssen.

4. Ein Gesuch an die Grundrenten- und Hypothekenanstalt der Stadt Dresden, zugleich auch an das Stadtverordnetenkollegium, in dem ersucht wird, denjenigen Hausbesitzern, die während des Krieges den Anschluß an die Schwemmanalisation vornehmen lassen wollen, die alten Bedingungen zu gewähren.

5. Ein Gesuch an das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte um erste Hypotheken für den Neubau einer katholischen Schule und eines Heims für junge Mädchen. Auch diese Anstalt bedauerte in ihrem Schreiben, mangels verfügbarer Mittel während des Krieges nicht in der Lage zu sein, neuen Beileihungsgesuchen näherzutreten.

Ferner wurden noch Gesuche eingereicht an den Rat zu Dresden und die Stadterordneten um Beschleunigung der Inangriffnahme des Neubaus der Gemäldegalerie, sowie an eine Anzahl Gemeinden, die Bauten geplant hatten, um baldige Inangriffnahme derselben. Auch bei der Heilstätte Hohwald ist um baldigen Beginn des Erweiterungsbau nachgesucht worden.

Es ist demnach auch hier versucht worden, auf die Bautätigkeit einzuwirken, leider nicht immer mit dem gewünschten Erfolg.

An größeren Bauten waren zu verzeichnen die Bahnhofsbauten in Görlitz, die Fabrikbauten in Baugen-Gnaschwitz und Radeberg, Arsenal-, Kasernen- und Barackenbauten in Dresden sowie Barackenbauten in Baugen, Cottbus, Königsbrück, Lauban, Neuhammer, Niesky, Sagan, Sprottau, Zeitzain und Zittau. Die Privatbautätigkeit lag allerorts ziemlich danieder.

Soweit es sich um die Zahlung der Tariflöhne handelte, sind diese in allen Orten gezahlt worden. Dagegen wurden Teuerungszulagen, soweit wir sie forberten, überall abgelehnt. Die Begründungen der ablehnenden Antworten waren verschiedener Art. Besonders zu erwähnen ist die Antwort des Dresdner Bauarbeiterverbandes, der uns den Rat erteilte, in Afford zu arbeiten, da sich dadurch auch eine Mehreinnahme erzielen ließe. Eine bessere Antwort, zumal in der Zeit des Burgfriedens, wäre am Platze gewesen. Zu berichten ist noch über die Antwort des Bauarbeiterverbandes zu Riesa, die erst am 11. Januar dieses Jahres einging und in knappen vier Zeilen zum Ausdruck brachte, daß, nachdem der Dresdner Verband keine Teuerungszulage gewährt habe, er diese ebenfalls ablehnen müßte. Handelt es sich um den Rat des Dresdner Verbandes etwa auf Anweisung der Dresdner Leitung? Nebenfalls war es eine billige Antwort, der Sache aus dem Wege zu gehen.

Die Arbeitsverhältnisse lagen auch meistens so, daß, wo Bautätigkeit vorlag, auch genügend Bezug von Zimmerern zu verzeichnen war. Das war in Görlitz der Fall bei den Bahnhofsbauten, wo sehr viele fremde Kameraden aus den in der Nähe liegenden Zahlstellen arbeiteten. Dasselbe war in Baugen-Gnaschwitz der Fall, wo die Kameraden der Lausitzer Zahlstellen viel Arbeitskräfte stellten. Auf ein Entgegenkommen der Unternehmer war nirgends zu rechnen, solange sich kein Mangel an Arbeitskräften bemerkbar machte. Dagegen erreichten wir beim Neubau einer Fabrik in Radeberg eine Teuerungszulage, weil hier ein ziemlicher Mangel an Zimmerern vorlag. Radeberg hatte zurzeit einen Tariflohn von 57 1/2 pro Stunde.

Durch Verhandlungen erreichten wir für die Kameraden aus Radeberg und Umgebung den Dresdner Stundenlohn von 74 1/2. Die von Dresden aus arbeitenden Zimmerer erhielten Dresdner Lohn und eine tägliche Auslösung von M 1,75, die Verheirateten außerdem eine wöchentliche Zulage von M 3. Nachdem aber die Hauptbauten Mitte Dezember fertiggestellt waren, soweit sie Dresdner Kaufmann ausführen, wurden eine größere Anzahl Zimmerer wieder entlassen. Dieses machten sich die Radeberger Unternehmer, die zu gleicher Zeit einige Wohnhäuser aufführten, zunutze, indem sie die entlassenen Leute zwar einstellten, aber nur Radeberger Lohn zahlten.

Begüglich der Agitation wurde im Februar an alle Verbandsfunktionäre ein besonderes Zirkular versandt, worin auf die Pflichten in dieser Beziehung hingewiesen wurde. Außerdem wurde zu Beginn der Beitragsleistung ein Agitationsflugblatt an sämtliche Mitglieder verbreitet. Sitzungen mit den Zahlstellenvorständen fanden 52 statt. Versammlungen wurden im Laufe des Jahres 71 abgehalten, von denen ein Teil nicht befriedigend ausfiel infolge mangelhafter Besuche. Im allgemeinen aber war der Besuch, den Verhältnissen entsprechend, immer noch als gut zu bezeichnen. Eine Ausnahme macht dabei Dresden, wo der Besuch der wenigen stattgefundenen Versammlungen sehr zu wünschen übrig ließ. Kassenrevisionen respektive Abrechnungen, an denen die Gauleitung teilnahm, fanden 157 statt. Ganz besonders sind es die Quartalsabrechnungen, die ein großer Teil der Kassierer nicht allein fertigstellen konnte. Auch hier ist alles getan worden, um die Kassengeschäfte glatt abzuwickeln. Viel tragen aber auch in verschiedenen Zahlstellen die jaumfälligen Mitglieder dazu bei. Würden diese besser auf Ordnung bei dem Begleichen ihrer Beiträge halten, dann würde das für sehr viele Kassierer eine große Erleichterung sein. Ein besonders schwieriges Stück Arbeit war das Suchen nach Funktionären. In 19 Zahlstellen, darunter in einigen sogar zweimal, wurden die Kassierer zum Militär eingezogen. Neue Kameraden zu diesen Posten zu finden, hält ziemlich schwer. Immerhin ist es gelungen, alle Posten wieder zu besetzen, wenn auch manches zu wünschen übrig läßt. Agitationen anderer Art fanden 15 statt, und in 6 Fällen machten sich Verhandlungen in Lohnfragen mit Unternehmern notwendig.

Die Mitgliederbewegung zeigt folgendes Bild: Zunahme: Mitgliederbestand am 31. Dezember 1914 4065, eingetretene beziehungsweise erneuert 614, zugereist 275, Restanten zahlten nach 333; Summa 5287. Abnahme: ausgetretene 104, gestrichen 302, abgereist 563, gestorben 30, zum Militär 1412, Restanten 217, Mitgliederbestand am 31. Dezember 1915 2659; Summa 5287. Mithin ist eine Mitgliederabnahme von 1406 zu verzeichnen. Unter den Gestrichenen befindet sich ein ganzer Teil, der nicht mehr im Berufe arbeitet und es daher nicht mehr für nötig hält, seine Pflichten der Organisation gegenüber zu erfüllen.

Im ganzen sind seit Kriegsausbruch bis 24. Dezember 1915 4030 Mitglieder zum Militär eingezogen. Von diesen sind leider bereits 171 gefallen. Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.

Allgemein leiden unsere Kameraden schwer unter der großen Teuerung. Selbst demjenigen, der nicht von Arbeitslosigkeit betroffen wird, fällt es schwer, sich und seine Familie zu ernähren. Es ist deshalb völlig unverständlich, daß der Bauarbeiterverband jedes Entgegenkommen zur Bewilligung von Teuerungszulagen abgelehnt hat. Selbst da, wo die einzelnen Arbeitgeber bereit waren, Zulagen zu gewähren, wurden sie durch Androhung von Konventionalstrafen davon abgehalten.

Der schriftliche Verkehr war wie folgt: Eingänge: 306 Briefe, 894 Postkarten, 125 Druckfachen, 7 Geldsendungen, 2 Pakete, 8 Depeschen, Summa 1427. Ausgänge: 637 Briefe, 259 Postkarten, 1299 Druckfachen, 55 Geldsendungen, 8 Pakete, 8 Depeschen, Summa 2266. Außerdem wurden 1100 Versammlungszettel angefertigt.

Soweit es möglich war, ist alles versucht worden, die Organisation hochzuhalten. Wenn uns das trotz der ungünstigen Verhältnisse gelungen ist, so soll auch nicht beschwiegen werden, daß das Bestehen einer Reihe von Zahlstellen an einzelnen Personen hängt. Werden auch diese noch eingezogen, so werden noch größere Schwierigkeiten zu überwinden sein.

Eines steht fest, es wird noch größerer Anstrengungen aller unserer Mitglieder bedürfen, wenn unser Verband die Kriegszeit so überstehen soll, daß bei Friedensschluß das Verbandsgebäude in seinen Grundfesten unerschüttert ist. Noch weitere Kameraden werden uns durch Einziehung zum Kriegsdienst entzogen werden. Die Mitgliederzahl in den einzelnen Zahlstellen wird noch mehr zusammenschmelzen, ein Ansporn für die Mitglieder, die vom Kriegsdienst verschont bleiben, alle ihre Kraft in den Dienst der Organisation zu stellen. Wohl lasten die wirtschaftlichen Verhältnisse auf jedem einzelnen schwer, trotzdem muß jeder Kamerad bedenken, daß die Erhaltung unseres Verbandes mit zur Lebensfrage für uns gehört. Deshalb tue jedes Verbandsmitglied auch in diesem Jahre seine Pflicht, um das seit Jahren Gefährdete auch für die Zukunft zu erhalten. Vor allem darf die Agitation zur Verbund neuer Mitglieder nicht erlahmen. Es gibt in allen Orten noch einzelne, die uns fernsehen, auch diese müssen dem Verbande zugeführt werden.

Bekanntlich laufen zum 31. März dieses Jahres auch unsere Tarifverträge ab. Verhandlungen sind durch die Regierung eingeleitet. Welchen Erfolg sie zeitigen werden, läßt sich vorläufig noch nicht sagen. Vor allem muß ein Ausgleich der enormen Teuerung gefunden werden.

Ueber die Bautätigkeit für dieses Jahr läßt sich noch kein Ueberblick gewinnen. Die Privatbautätigkeit bietet wenig Aussichten auf Besserung, da die Beschaffung von Baugeldern zu normalem Zinsfuß fast ausgeschlossen erscheint. Ob weitere Kriegsbauten die Bautätigkeit bessern werden, hängt viel von dem weiteren Verlauf des Krieges ab.

Reinhard Köhler, Dresden.

**Berichte aus den Zahlstellen.**

**Bartenstein.** Hier fand am 30. Januar eine Zimmererversammlung statt, wozu alle Kameraden, auch die aus der Umgegend, erschienen waren. Die Versammlung beschäftigte sich zunächst mit der künftigen Lohnfrage, und wurde einmütig beschloffen, auf Grund der enorm hohen Preise für Nahrungsmittel und sonstige notwendigen Bedarfsartikel, und weil eine weitere Steigerung der Preise nicht ausgeschlossen ist, eine Erhöhung des Stundenlohnes und auch des Zuschlages für Ueberlandarbeiten vom 1. April dieses Jahres ab zu fordern, da der jetzige Lohn- und Arbeitsvertrag mit dem 31. März abläuft. Dann gab der Kassierer den Kassenbericht vom vierten Quartal 1915, der von der Versammlung genehmigt wurde. In „Verbandsangelegenheiten“ wurde die Wahl eines Vorsitzenden und eines Revisors vollzogen. Kamerad Nicolai aus Rastenburg gab noch bekannt, daß er am 22. Januar in Bartenstein Hausagitation betrieben habe bei den Zimmerern, die vor dem Kriege Mitglieder der Zahlstelle gewesen seien, aber während des Krieges sich gar nicht um den Verband gekümmert, auch das Zahlen der Verbandsbeiträge vergessen hätten. Alle vier besuchten Kameraden erklärten sich bereit, zu der nächsten Versammlung zu erscheinen und sich erneut dem Verbande anzuschließen. Die Betreffenden hätten aber leider ihr Wort nicht gehalten, indem sie heute nicht erschienen seien. Die Anwesenden versprachen, nochmals mit diesen Kameraden Rücksprache zu nehmen. Redner forderte die Kameraden dann noch auf, von nun an mehr die Verbandsinteressen im Auge zu haben; denn die Zeit sei für uns sehr kritisch, und große Aufgaben ständen uns nach Beendigung des Krieges noch bevor. Unser Ziel müsse sein, alle die im Zimmergewerbe Beschäftigten und uns noch Fernstehenden für den Zentralverband der Zimmerer Deutschlands zu gewinnen. Zunächst sei es notwendig, daß die Versammlungen wieder regelmäßig abgehalten und die Verbandsbeiträge pünktlich bezahlt würden. Die Restanten müßten angehalten werden, das Gleiche zu tun, dann würde wieder neues Leben in der Zahlstelle erwachen. Dem Redner wurde Beifall gesendet.

**Cassel.** (Jahresbericht.) Das Jahr 1915 als volles Kriegsjahr hat es mit sich gebracht, daß weiterhin ein beträchtlicher Teil unserer Mitglieder zum Heeresdienst einberufen wurde. Konnten wir beim vorjährigen Bericht noch konstatieren, daß die Lücken im Organisationsapparat, welche durch die Einberufenen entstanden waren, bereitwillig ausgefüllt wurden, so kann heute gesagt werden, daß es nunmehr schwer wurde, passenden Ersatz zu finden. Wenn sich jemand etwas eingearbeitet hatte, dauerte es nicht lange und auch er mußte seinem Vorgänger folgen, sich dem Vaterlande zur Verfügung stellen. Gar mancher unserer älteren Mitglieder hat nicht daran gedacht, daß auch ihn der Krieg noch in Mitleidenschaft ziehen würde. Dieser Umstand hat es denn auch bewirkt, daß es das ganze Jahr hindurch an Arbeitskräften in unserm Berufe mangelte. Aus weitabgelegenen Orten sind Zimmerer, alte und junge, herbeigekommen, um Barackenbauten für die Militärverwaltung herzustellen. Zum Teil zählten diese, namentlich älteren Zimmerer zu den organisations-

unfähigen, indem sie ihren Beruf nur einige Monate als „selbständige“ ausübten, den größten Teil des Jahres jedoch in der Land- oder Forstwirtschaft usw. zubringen. Ob dieser Zustand für derartige Kleingewerbe auch nach der Kriegszeit bestehen bleibt, dürfte sehr fraglich erscheinen. Solche „Berufsgenossen“ als Mitglieder für unsern Verband zu interessieren, war nicht leicht. Sie als Mitglieder zu erhalten, muß Aufgabe der örtlichen Organisationen sein. Um das zu erreichen, muß sich jeder einzelne, ob alt oder jung, mit voller Kraft seiner Organisation widmen. Für die Lokalkasse betrug im Jahre 1915 die Einnahmen M 2298,50, die Ausgaben M 2493,18. Die Ausgaben übersteigen mithin die Einnahmen um M 194,68. Dazu die Hälfte der Jahresausgaben wurden für unsere Kriegsteilnehmer und deren Familien verwendet. Die Mitgliederbewegung des verfloffenen Jahres gestaltete sich folgendermaßen: Mitgliederbestand am Schluß des vierten Quartals 1914 214, eingetreten 73, zugereist 38, ausgetreten 5, gestorben 49, gestorben 14, abgereist (in-Fluß) der zum Militär Einberufenen 142) 210. Verblieben am Schluß des vierten Quartals 1915 135 Mitglieder. Waren die Erwerbsverhältnisse befriedigend zu nennen, so müssen die Existenzmöglichkeiten geradezu bedauernd empfunden werden. Alle unentbehrlichen Lebensmittel sind fast um das Doppelte im Preise gestiegen. Ganz erklärlich, daß unter den Mitgliedern das Verlangen nach einer Teuerungszulage laut wurde. Die diesbezüglichen Wünsche, welche von seiten der Leitung an die hiesige Bauvereinigung und an die Casseler Zimmermeistervereinigung gerichtet wurden, erfuhren eine Ablehnung nicht durch diese, sondern durch den Mitteldeutschen Arbeitgeberverband. Keineswegs waren die Mitglieder dadurch befriedigt, und wurde deshalb allen Mitgliedern empfohlen, mit Anträgen nach dieser Richtung einzeln an die Unternehmer heranzutreten. Nachdem hierdurch auf einzelnen Plätzen eine Zulage von 3 3 pro Stunde erreicht war, erklärte sich auch die Casseler Bauvereinigung bereit, eine Teuerungszulage zu leisten. Die stetig steigenden Lebensmittelpreise auf der einen, der Mangel an Arbeitskräften auf der andern Seite hat es dann bewirkt, daß heute fast durchweg eine Teuerungszulage von 5 3 pro Stunde gezahlt wird. Nach einige Zeilen an alle Zahlstellenmitglieder: Oft ist in diesem Fachorgan darauf verwiesen, wie notwendig es ist, durch kurzgefaßte Berichte über alle einschlägigen Vorkommnisse mit der Zentralverwaltung in regem Verkehr zu sein. Hierin könnten zum Beispiel unsere größeren Bezirke ein gut Teil beitragen, indem sie kurze Berichte über ihre Bezirksversammlungen an die Redaktion einsenden. Ebenso empfiehlt es sich, mit unsern einberufenen Mitgliedern in stetem Verkehr zu sein. Die Dankschreiben, welche dieselben nicht nur für empfangene Unterstützung, sondern auch für Empfang ihres Fachorgans des öfteren ausdrücken, bestätigen, daß ihnen die Sendungen willkommen sind. Tue ein jeder sein mögliches! Zeigt, daß die schwere, fast unerträgliche Zeit nicht spurlos an Euch vorüberzieht! Seid Mitkämpfer der Zeit gleich unsern Brüdern und Kameraden im Felde!

**Dortmund und Umgegend.** (Verwaltungsbericht 1915.) Der anfänglichen Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt ist eine gute Arbeitsgelegenheit während des ganzen Jahres gefolgt. Die bei Kriegsausbruch stillgelegten Privatbauten und Werkwohnungen sind fast sämtlich bezugsfertig hergestellt. Einige Bergwerke ließen neue Wohnungsanlagen ausführen. Insbesondere sind für den Kriegsbedarf umfangreiche Neuanlagen und Aenderungsbauten von der Eisenindustrie und den Bergwerken zur Ausführung gelangt. Für die Unterkunft der beschäftigten Kriegsgefangenen sind größere Baracken errichtet worden. Als Sitz größerer Betonfirmen und Eisenkonstruktionswerkstätten wurden mehrere hundert Zimmerer nach dem In- und Ausland verlangt. In unserm Nachweis sind 350 offene Stellen gemeldet worden, 107 Zimmerer wurden vermittelt. Im Januar wurden neun Arbeitslose ermittelt; die Zahl nahm stetig ab, so daß von August bis Dezember sämtliche Mitglieder in Arbeit waren. Die Einberufung zum Heeresdienst trug wesentlich zur Entlastung der Arbeitslosenliste bei. Die Zahl der Eingezogenen stieg von 175 im Januar auf 262 am Jahreschluß, von denen 20 Mitglieder, darunter neun Verheiratete, gefallen sind. Das Andenken der Gefallenen werden wir stets in Ehren halten. Das Berichtsjahr hat trotz der starken Nachfrage und dem knappen Angebot die wirtschaftliche Lage durch die Teuerung sehr beeinträchtigt. In den Landbezirken steht der Tarif 58 bis 64 3 Stundenlohn vor bei zehnstündiger Sommerarbeitszeit. Die Lohngebiete Aplerbeck, Gting, Lünen und Schwerte haben nach den Vereinbarungen im Jahre 1913 den Lohn von 1914 beibehalten. Die Orte Barop, Langenbreer, Werne, Lütgendortmund, Wengede, Kirchhörde, Görde, Bellinghofen, Ramen, Unna und Werne a. d. R. erhielten ab 1. April 1 3 die Stunde mehr. In Dortmund Stadt stieg laut Tarif der Stundenlohn ab 1. April um 3 und 67 3; die Sommerarbeitszeit verkürzte sich auf neunehnhalf Stunden. Nach der tariflichen Arbeitszeit stellt sich das Einkommen der Zimmerer für Dortmund wie folgt zusammen: Januar M 123,84, Februar 126,72, März 160,32, April 152,76, Mai 152,76, Juni 165,49, Juli 171,86, August 165,49, September 165,49, Oktober 161,47, November 136,68, Dezember 139,03; Jahreseinkommen laut Tarif M 1821,01, Abzug für Kranken- und Invalidenbeiträge M 61,88, verbleibt M 1760,03. Das Durchschnittseinkommen pro Monat beträgt hiernach M 146,67, wobei noch kein Verdienstausschlag durch militärische Übungen, Kontrollversammlungen, Familienereignisse, Krankheit, Witterungseinflüsse, Arbeits- und Materialmangel in Abzug gebracht ist. Unter Berücksichtigung des mehr als verdoppelten Betrages für die Lebenshaltung ist mit Beginn November gemeinschaftlich an den Ortsverband der Arbeitgeber die Eingabe um Gewährung von Teuerungszulagen und einer Aussprache für eventuelle Wege zur Abhilfe gestellt worden. Beides ist unter Berufung auf die Beschlüsse des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe abgelehnt. Einige Firmen zahlen trotzdem 3 und 5 3 mehr pro Stunde. Der Bestand der Lokalkasse betrug am Jahreschluß M 1135,17; unterstützt wurden bis jetzt 103 Kriegesfamilien aus der Hauptkasse mit M 1895, von der Lokalkasse mit M 3581, in Summa M 5476. An die eingezogenen Mitglieder wurden zweimal Päckchen mit Tabak gefandt. Alle Antworten sprechen hierfür den Dank

an die Zahlstelle aus. Die Einholung der Beiträge geschieht wöchentlich, wozu sich auch drei Frauen zur Verfügung gestellt haben. Außer den Sitzungen und Zusammenkünften war durch die Einberufung der Kassierer und unseres Gauleiters neben den Bureauarbeiten die Mitwirkung in anderen Orten notwendig. Der Postausgang betrug 323 Briefe und Karten, 86 Geldsendungen und 1255 Druckfachen. Laut Beschluß der Jahresversammlung wird allen Mitgliedern sowie den Kriegesfrauen die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ ab Januar d. J. zugestellt. Neueingetreten sind 49 Mitglieder. Im Jahre 1885 trat der Verein der Zimmerleute unserm Zentralverbande bei; die Zahlstelle überschritt somit ihre dreißigjährige Zugehörigkeit zu demselben. Seitdem und bis heute bedurfte es reger Anstrengungen, um einigermaßen geregelte Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Wir haben die 30 Jahre Gewerkschaftsarbeit trotz aller angewendeten Verteilungsturen nicht nur überstanden, wir sind auch vorangekommen. Ein Teil von Beifallen ist durch seine Bodenschätze zu einer riesigen Werkstatte geworden, deren Entwicklung noch nicht für abgeschlossen gelten kann. Wie diese sich für Dortmund, unsere Zahlstelle, sowie die Arbeitsbedingungen abgespielt hat, zeigt folgende Aufstellung:

Jahr	Mitglieder im Durchschnitt	Stundenlohn 3	Sommerarbeitszeit Stunden	Einwohner
1885.....	45	250 <sup>1</sup>	?	78435
1890.....	38	37	10½	89633
1895.....	92	36	10½	111282
1900.....	169	43	10½	142783
1905.....	232	53	10	175577
1910.....	270	57	10	214226
1911.....	354	59	10	222460
1912.....	402	61	10	233312
1913.....	420	63	10	241000
1914.....	465 <sup>2</sup>	64	10	280645
1915.....	120 <sup>3</sup>	67	9½	—

<sup>1</sup> Tagelohn. <sup>2</sup> 2. Quartal. <sup>3</sup> Kriegsjahr.

Der Ablauf der vereinbarten Arbeitsbedingungen macht es uns allen zur Pflicht, mit vollem Eifer für den Zusammenschluß der Kameraden einzutreten. Wir werden dann auch weiterhin unsern Einfluß auf die Gestaltung unserer wirtschaftlichen Lage geltend machen können.

**Gbing.** Am 9. Januar tagte unsere erste diesjährige Mitgliederversammlung. Es waren etwa 30 Mitglieder anwesend, was als einigermaßen zufriedenstellend bezeichnet werden kann. Ueber die bevorstehende Tarifbewegung sprach Kamerad Finfel. Er schilderte die Entwicklung unserer Organisation und die Tarifbewegung in den Jahren 1908, 1910 und 1913 sowie den Standpunkt, den wir eingenommen haben. Bei der Bewegung im Jahre 1913 hat niemand daran gedacht, daß wir in den Zustand kommen würden, in dem wir uns gegenwärtig befinden. Bei Ausbruch des Krieges entstanden Gefahren für unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Der Plan einzelner Unternehmer, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu zerstören, sei jedoch zu schanden geworden. Die Arbeitsverhältnisse hätten sich infolge der Barackenbauten wesentlich gebessert, was ganz besonders auch bei uns im Osten zu verzeichnen sei. Die lange Dauer des Krieges habe es mit sich gebracht, daß eine wesentliche Steigerung der Lebensmittelpreise eintrat. Die Organisation kam dadurch in die Lage, bei dem Arbeitgeberbunde eine Teuerungszulage zu beantragen. Letzterer lehnte mit der Begründung ab, daß die Unternehmer ebenfalls unter der Teuerung leiden müßten, auch unter dem Mangel an Arbeitskräften, da die jüngeren Kameraden eingezogen und die älteren, minderleistungsfähigen, hier wären. Es wurde empfohlen, Ueberstunden zu arbeiten, um hiermit einen Tarifbruch herbeizuführen. Damit würde nach Ansicht der Unternehmer der vorherrschenden Teuerung gegenüber ein Ausgleich geschaffen werden. Diese Absicht des Arbeitgeberverbandes unterzog Redner einer scharfen Kritik. Sodann wurde von der Versammlung einmütig betont, daß für den demnächst ablaufenden Tarif unbedingt ein Ausgleich in bezug auf die fortgesetzte Teuerung herbeigeführt werden müsse durch eine unbedingte Lohnerhöhung, die den gegenwärtigen Verhältnissen entspreche. Nachdem vom Vorstande darauf hingewiesen worden war, daß wir demnächst mit den Bauarbeitern eine Zusammenkunft haben und alsdann das Resultat in unserer nächsten Mitgliederversammlung bekanntgegeben werde, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Matz.** (Jahresbericht.) Das Jahr 1915 war für das Baugewerbe ein sehr ruhiges Jahr. Der Tarifvertrag wurde im großen und ganzen eingehalten. In einzelnen Fällen, wo das nicht geschah, sind die Kameraden meist selbst schuld daran. Im Juli wurde gemeinschaftlich mit dem Bauarbeiterverband eine Eingabe an die Bauunternehmer und Zimmereibetriebe eingereicht, infolge der fortgesetzten Steigerung der Lebensmittelpreise und sonstigen Bedarfsartikel eine kleine Lohnaufbesserung zu bewilligen. Die Forderung wurde vom Arbeitgeberverband kurzgehand abgewiesen unter Hinweis auf die bestehenden Tarifverträge und die Kriegsarbeitsgemeinschaft. Es könnten ohne Einwilligung der Bundesleitung, und weil eine Konventionalstrafe angedroht sei, Zugeständnisse nicht gemacht werden. Einige Wochen später waren die Unternehmer doch bereit, in Verhandlungen einzutreten, und machten sich fünf Sitzungen notwendig, um eine Zulage von 3 3 für die Stunde herauszuschlagen, die aber nicht von den Unternehmern, sondern von den Bauherren, und zwar nur in drei Fällen mit insgesamt 20 bis 25 Kameraden, getragen wurde. Das private Bauwesen liegt seit Ausbruch des Krieges völlig danieder. Desto besser war die Industrie beschäftigt, und fanden dabei auch zahlreiche Mitglieder unserer Zahlstelle Arbeit. Später wurden umfangreiche Barackenarbeiten ausgeführt, so daß von Arbeitslosigkeit fast kein einziges Mitglied betroffen wurde. Durch das fortgesetzte Eingehen unserer Mitglieder zum Militärdienst war mitunter sogar ein Mangel an Zimmerern vorhanden. Privatbauten wurden außer von der Firma Buch (Militäreffektenanstalt) noch ein Neubau in der Rheinallee fertiggestellt sowie ein Getreidesilo der Gebrüder Schmitt. Ferner wurden in der städtischen Gasanstalt größere An-

lagen errichtet, wo eine Anzahl Zimmerer Unterkommen fand. Die Kassengeschäfte wickelten sich auch im zweiten Kriegsjahr günstig ab, nur die Mitgliederzahl ist geringer geworden. Eintrittsmarken wurden 72 verkauft, Beitragsmarken 4016. Die Einnahmen und Ausgaben betragen für die Hauptkasse M 8891,80. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von M 1499,35, eine Ausgabe von M 1631,26, mithin eine Mehrausgabe von M 131,91. Der Kassenbestand betrug am Schlusse des vierten Quartals M 1529,43. An Unterstützung durch die Hauptkasse wurden im Berichtsjahr an die Frauen und Eltern der am Kriege teilnehmenden Kameraden gezahlt M 2006, aus lokalen Mitteln M 823. An sonstigen Unterstützungen wurden M 19,50, an Arbeitslosenunterstützung durch die Hauptkasse M 32,40, an Reiseunterstützung M 1,20 ausgegeben. Für Beiträge an das Kartell und das Arbeitersekretariat inklusive der Landpartelle wurden M 92,97 gezahlt. Posteingänge waren 173 zu verzeichnen, nämlich 88 Drucksachen, 40 Briefe und 45 Karten. Ausgänge waren 252, und zwar 70 Briefe, 72 Drucksachen, 120 Postkarten; außerdem noch zirka 120 Briefe und Postkarten an die im Felde stehenden Kameraden. Vorstandssitzungen fanden zehn statt und sechs Versammlungen; in diesen war bereits immer der Gauleiter anwesend. Zum Militär eingezogen waren seit Ausbruch des Krieges von 262 Mitgliedern bis zum Schlusse des Jahres 187. Gefallen sind 9. Der Bestand an Mitgliedern betrug am Schlusse des Vorjahres 148. Im Laufe des Jahres sind eingetretene 72, zugereist 40; Summa 260. Gestrichen sind 35, ausgetreten 5, abgereist beziehungsweise zum Militär 144; Summa 184. Bleibt Bestand fürs erste Quartal 1916 76 Mitglieder. Hoffentlich wird in Zukunft die Zimmerer von Mainz auf dem Posten, damit die Schwierigkeiten, die durch den fortgesetzten Wechsel der leitenden Personen entstehen, überwunden werden und die Zahlstelle erhalten bleibt.

Eine kombinierte Vorstandssitzung befaßte sich unter anderem auch mit dem Jahresbericht. Nachdem die Revisoren berichtet hatten, wurde dem Kassierer sowie dem jetzigen Vorstand Entlastung erteilt. Kamerad Ehlers, der mit anwesend war, berichtete über die Gauleiterkonferenz und den bevorstehenden Ablauf der Tarifverträge. In einer demnächst stattfindenden Mitgliederversammlung soll diese Angelegenheit näher besprochen werden.

**München.** Am 30. Januar tagte im Gewerkschaftshaus unsere diesjährige Generalversammlung, die eine ziemlich reichhaltige Tagesordnung erledigte. Vor Eintritt in diese widmete der Vorsitzende den im Berichtsjahre gefallenen und verstorbenen Kameraden, 40 an der Zahl, einen warmen Nachruf. Besonders gedachte er des Wirkens des am 29. Januar gestorbenen ehemaligen, langjährigen Vorsitzenden Kameraden E. Schlegel. Die Versammlung ehrte ihr Andenken durch Erheben von den Sigen. Hierauf erstattete Geschäftsleiter Kamerad Englbrecht den Quartalsbericht, dessen Richtigkeit von den Revisoren bestätigt wurde, und anschließend daran den Jahresbericht. Sodann folgte die Neuwahl der Ortsverwaltung, der Revisoren sowie der Delegierten. Unter „Verbandsangelegenheiten“ wird die Frage der Vermittlung für auswärtige Arbeitsplätze angeknüpft und dem Vorstande deren Regelung übertragen. Bei dieser Gelegenheit wurde das Verhalten einiger Münchner Bauarbeiter hauptsächlich des Versuches, Münchner Bauarbeiter nach auswärts ohne Zulage zu schicken, scharf kritisiert. Ferner kam zur Sprache, daß der Kantinenwirt am Neubau der Pulvermühle in Dachau schon vor Eintritt der offiziellen Vierpreiserhöhung einen Preis von 34 s pro Liter verlangte. Eine Baufirma hat am gleichen Neubau Karten eingeführt, die bei jedesmaliger Lohnzahlung mitzubringen sind, und deren Artikel 2 besagt, daß jeder Arbeiter, der die Karte vergißt, in eine Strafe von M 1 genommen wird, die der Arbeiterwohlfahrtsverein der Firma übernimmt wird. Die Versammlung wollte wissen, welcher Art diese Einrichtung sei; es konnte jedoch keinerlei Auskunft darüber erlangt werden. Als der Voller einer andern an diesem Bau beteiligten Firma zur Kontrollversammlung mußte, hatten die Arbeiter während seiner Abwesenheit die Arbeit einzustellen. Diese Feststellung rief große Entrüstung hervor. Auf eine Anfrage, wie weit unsere Tarifbewegung gediehen sei, gab Kamerad Kemmer entsprechende Auskunft, worauf die gut besuchte und schön verlaufene Versammlung geschlossen wurde.

**Rastenburg.** Am 16. Januar 1916 fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Sie wurde vom Vorsitzenden eröffnet. Kamerad Nicolai gab bekannt, daß der Gauleiter, Kamerad Finsel, sein Erscheinen zu dieser Versammlung zugesagt habe, leider aber verhindert ist. Ein in den Verband eingetretener Junggeselle wurde willkommen geheißen. Nach Verlesung des Protokolls erstattete der Kassierer den Kassenbericht vom vierten Quartal 1915. Dieser wurde von der Versammlung genehmigt und der Kassierer entlastet. Dann wurde zur künftigen Lohnfrage Stellung genommen. Nach eingehender Beratung und in Anbetracht der hohen Lebensmittelpreise und sonstiger notwendiger Bedarfsartikel sehen sich die Zimmerer von Rastenburg und Umgegend gezwungen, eine Lohnerhöhung vom 1. April 1916 zu fordern. Der Stundenlohn soll um 10 s erhöht werden; im kommenden Jahre bis nach Beendigung des Krieges um 5 s pro Stunde. Bei Ueberlandarbeiten ist statt bis jetzt 50 s M 1 pro Tag Zuschlag zu verlangen. Unter „Verbandsangelegenheiten“ bedauerte Kamerad Nicolai, daß es noch immer einige Nachlässige am Orte gebe, die es seit Kriegsausbruch nicht für nötig halten, ihre Verbandsbeiträge zu zahlen. Das darf unter keinen Umständen so weitergehen. Jeder Kamerad ist verpflichtet, nicht eher zu ruhen, bis auch der letzte uns noch fernstehende Zimmerer dem Verbandszuge beigetreten ist.

(Jahresbericht.) Die Bautätigkeit am Orte war befriedigend, in der Umgegend eine rege; infolgedessen fand auch ein Teil zugereister Kameraden lohnende Arbeit. Versammlungen haben leider nur 3, Besprechungen 3, Vorstandssitzungen 1 stattgefunden, an welchen auch der Gauleiter Kamerad Finsel-Elbing teilnahm. Mitgliederbewegung: Bis zum 1. Januar 1915 waren 36 Mitglieder zum Heeresdienst eingezogen, denen weiter noch 2 folgten. Somit zählten wir am Schlusse des Vorjahres 18, im ersten Quartal 1915 16, im zweiten Quartal 16, im

dritten Quartal 39 Mitglieder; im vierten Quartal stieg die Mitgliederzahl auf 55. Am Schlusse des Berichtsjahres betrug der Mitgliederbestand 45. Die Einnahme für die Zentralkasse an Zentralfondsbeiträgen betrug M 902,90. Aus der Zentralkasse erhaltene Vorschüsse M 175, zusammen M 1077,90. Ausgegeben wurde an Arbeitslosenunterstützung M 47,60, an die Frauen der Kriegsteilnehmer M 443, somit bleibt für die Zentralkasse ein Ueberschuß von M 237. An die Zentralkasse sind in bar gesandt M 412. Der Lokalkassenbestand vom Jahre 1914 betrug M 176,03. Als Lokalfondsbeiträge wurden eingenommen M 309,80, an Zinsen M 18,15, zusammen M 503,98. Ausgaben wurden geleistet: an das Gewerkschaftskartell als Zuschuß zur Familienunterstützung und Sonstiges M 104,54. Der Bestand der Lokalkasse betrug am Schlusse des Berichtsjahres M 399,44. Auch haben wir den Verlust eines Kameraden zu beklagen, der dem Kriege zum Opfer gefallen ist. Hoffen wir, daß der lange Krieg bald zu Ende geht. Nun auf, Kameraden, zu neuen Taten, zu neuem Werben für unsern Zentralverband der Zimmerer Deutschlands! Zeigen wir unsern Kameraden, die im Schützengraben sind, daß auch wir Daheimgebliebenen unsere Pflicht getan haben und weiter tun werden!

**Niesja.** Am 18. Januar fand eine Mitgliederversammlung statt, die von 23 Kameraden besucht war. Trotz der wichtigen Tagesordnung hatte die Mehrzahl der Kameraden es nicht für nötig befunden, die Versammlung zu besuchen. Im ersten Punkt der Tagesordnung gab Kamerad Köhler-Dresden das Antwortschreiben vom Niesjaer Bauarbeiterverband auf unsere am 12. Dezember 1915 eingereichten Forderungen, eine Teuerungszulage betreffend, bekannt, das von den Anwesenden mit Entrüstung aufgenommen wurde. Hatte es sich der Arbeitgeberverband doch sehr leicht gemacht, unsere Forderung in einem Antwortschreiben von vier Zeilen ohne jede Begründung abzulehnen. Beschlossen wurde, eine Kommission zu wählen, bestehend aus je zwei Mann eines jeden Plazes, die nochmals bei den Unternehmern vorstellig werden soll, um eventuell die Gründe für die Ablehnung zu erfahren. Hierauf gab der Vorsitzende die Abrechnung vom dritten und vierten Quartal bekannt, die von der Versammlung genehmigt wurde. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer entlastet. Nach Entgegennahme des Jahresberichtes, wurde eine Aussprache über den Ablauf unseres Tarifvertrages herbeigeführt. Sämtliche Redner sprachen sich dahin aus, daß bei einer Erneuerung oder Verlängerung des Vertrages eine den Teuerungsverhältnissen entsprechende Lohnerhöhung gewährt werden müsse. Sollte dies nicht der Fall sein, dann würde man lieber ohne Vertrag weiterarbeiten. Der Vorsitzende ermahnte die Anwesenden, auch im neuen Jahre mit Hand anzulegen, damit die Arbeiten nicht nur einzelnen Personen überlassen bleiben, und auch von unserer Zahlstelle die Wirkungen dieses Weltkrieges überwunden werden.

(Jahresbericht.) Die Bautätigkeit in unserm Zahlstellengebiet war als halbbrege zu bezeichnen. Waren doch alle noch anwesenden Kameraden, mit Ausnahme etlicher älteren, das ganze Jahr hindurch voll beschäftigt. Auch konnten von Zeit zu Zeit noch Zimmerer von auswärts herangezogen werden. Die Arbeiten erstreckten sich meistens auf Barackenbauten in Zeithain; auch wurden etliche Fabrikbauten in Rünchritz aufgeführt. Trotz voller Beschäftigung hatten unsere Kameraden sehr unter den Teuerungsverhältnissen zu leiden, so daß wir uns veranlaßt sahen, gemeinsam mit dem Bauarbeiterverband am 12. Dezember 1915 folgendes Schreiben an den Arbeitgeberverband einzureichen:

An den Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe zu Niesja und Umgegend in Niesja.

Im Auftrage der den unterzeichneten Organisationen angehörenden Mitglieder gestatten wir uns, Ihnen folgendes zu unterbreiten:

Da zurzeit die Lebensmittelpreise ins Unermeßliche gestiegen sind und auch alle übrigen Verbrauchsgegenstände verteuert wurden, ist es der Bauarbeiterschaft von Niesja und Umgegend nicht mehr möglich, von den im Tarif festgesetzten Löhnen existieren zu können. Weist doch die amtliche Statistik nach, daß der Niesjaer Arbeiter bereits im August dieses Jahres M 15,39 wöchentlich mehr für den Unterhalt einer Familie von vier Köpfen ausgeben mußte gegenüber im Juni des Jahres 1914. Gegenwärtig aber sind die Lebensmittelpreise noch wesentlich höher als im August dieses Jahres; es kann daher von einer Ernährung der Familie im Sinne des Wortes keine Rede mehr sein, sondern die Familien leiden an Unterernährung. Angesichts dieses tatsächlichen Zustandes bitten wir den Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe zu Niesja, bei seinen Mitgliedern dahinzuwirken, daß den Bauarbeitern eine tägliche Teuerungszulage gewährt wird. Es ist den Unterzeichneten bekannt, daß der Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe seine Unterverbände angewiesen hat, eine Teuerungszulage abzulehnen. Diese Ansicht teilen wir in Anbetracht der Verhältnisse nicht und hoffen auch, daß sie sich der Vorstand des Arbeitgeberverbandes zu Niesja nicht zu eigen macht. Wir sind vielmehr der Meinung, daß eine Teuerungszulage mit dem Tarifvertrag nichts zu tun hat, da wir hoffen, daß die gegenwärtige Teuerung eine vorübergehende Erscheinung ist, nach deren Wegfall sich auch die Teuerungszulage erledigt. Auch sind, wie bereits erwähnt, die Lebensmittel in den letzten Monaten derartig gestiegen, daß sich vermutlich auch der Bundesvorstand heute auf einen andern Standpunkt stellen dürfte. Auch den Einwand des Bundesvorstandes, daß die Arbeitgeber ebenfalls unter der Teuerung zu leiden haben, lassen wir gelten, nur ist doch wohl ein Unterschied insofern vorhanden, indem der Arbeiter allein für die Beschaffung des Lebensunterhaltes seiner Familie zu sorgen hat, während beim Arbeitgeber doch die Arbeiter mitwirken. Zu erwähnen ist noch, daß in einigen andern Landesteilen die Arbeitgeber des Baugewerbes die Notwendigkeit einer Teuerungszulage erkannt und solche ihren Arbeitern gewährt haben. Auch sind bei dem Ab- und von Baracken, die auf dem Brandstättchen Holzplatz in Niesja von der Firma Willy Brede aus Berlin aus-

geführt wurden, an die dabei beschäftigten Zimmerer Teuerungszulagen gezahlt worden. In der Erwartung, daß sich der Arbeitgeberverband der Bitte der Niesjaer Bauarbeiterschaft nicht verschließen wird und den Unterzeichneten eine dementsprechende Mitteilung zugehen läßt, zeichnet

Hochachtungsvoll

Für den Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Niesja: D. Ermer.

Für den Deutschen Bauarbeiterverband, Zweigverein Niesja: Franz Rohn.

Daß wir auch in Niesja von den Arbeitgebern nicht viel zu erwarten hatten, beweist folgendes Schreiben:

Niesja, den 11. Januar 1915.

An den Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Niesja.

Auf Ihre Zuschrift vom 12. Dezember 1915 muß ich Ihnen nach Rücksprache mit den Bauarbeiterverbandsmitgliedern einen abschlägigen Bescheid zugehen lassen, da andere Arbeitgeberverbände, darunter auch Dresden, die Teuerungszulage abgelehnt haben.

Hochachtungsvoll

Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Niesja und Umgegend. Kurt Helm, Vorsitzender.

Aus dieser Antwort spricht klar und deutlich, daß auch bei den Niesjaer Bauunternehmern die Arbeiterfreundlichkeit nicht weit her ist. Hoffentlich ziehen auch die gleichgültigsten Kameraden unserer Zahlstelle aus diesem Antwortschreiben die richtigen Lehren. — Unsere Mitgliederbewegung gestaltete sich im Laufe des Jahres wie folgt: Bestand vom Jahre 1914 107, eingetretene 55, zugereist 9, Summa 171; ausgetreten 7, gestrichen 1, gestorben 1, abgemeldet 94, Summa 103; bleibt Bestand 68. Die geschäftlichen Angelegenheiten wurden durch 3 Mitgliederversammlungen und 5 Vorstandssitzungen erledigt. Eine Versammlung konnte nicht abgehalten werden, weil nur drei Mitglieder erschienen waren. Außerdem fand eine außerordentliche Versammlung in Sachen der am Barackenbau beschäftigten Kameraden statt. An Arbeitslosenunterstützung wurden M 19,95, an Reiseunterstützung 60 s ausgezahlt. 2974 Beitragsmarken wurden verkauft, 2376 weniger als im vorigen Jahre; Krankenmarken 28, 52 weniger als im vorigen Jahre, und Eintrittsmarken 55, 18 mehr als im vorigen Jahre. Extramarken wurden 115 verkauft, 56 mehr als im vorigen Jahre. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug M 1789,90, die Ausgabe M 1099,55. War an die Hauptkasse wurden M 690,35 gesandt. Die Einnahme der Lokalkasse einschließlich Kassenbestand vom vorigen Jahre betrug M 5177,13, die Ausgabe der Lokalkasse M 1708,95, so daß ein Kassenbestand von M 3468,18 verblieb. Davon sind belegt bei der Genossenschaftsparkasse M 1591, bei der Sparkasse Glaubitz M 1167,89, beim Gewerkschaftskartell Niesja M 500; der bare Kassenbestand beträgt M 209,29. Für Unterstützung an die Familien unserer zum Kriegsdienst eingezogenen Kameraden wurden M 2719 gezahlt; davon entfallen auf die Hauptkasse M 1310, auf die Lokalkasse M 1409. Zum Kriegsdienst waren bis zum Jahres-schluß 99 Kameraden eingezogen; davon sind 66 verheiratet und 33 ledig. Gefallen sind bis jetzt 7; davon sind 3 verheiratet und 4 ledig. Denjenigen Kameraden, die ihre Adressen einsandten, wurde, soweit es möglich war, der „Zimmerer“ ins Feld nachgeschickt. Weiter ist ihnen ein Zirkular mit den Namen sämtlicher zum Kriegsdienst einberufenen Kameraden zugesandt worden. Auch hat der Vorsitzende immer in schriftlichem Verkehr mit den betreffenden Kameraden gestanden; natürlich konnten nicht sämtliche Karten beantwortet werden. Mögen auch in diesem Jahre unsere zurückgebliebenen Kameraden ihre Pflicht tun, damit sie sich nicht vor den aus dem Felde zurückkehrenden Kameraden zu schämen brauchen.

**Schuppenbeil.** Mitgliederversammlung am 6. Februar. Kamerad Nicolai aus Rastenburg behandelte in einem kurzen Referat unsern Lohn- und Arbeitsvertrag der mit dem 31. März dieses Jahres abläuft. Anschließend daran nahmen die Anwesenden Stellung zur Lohnfrage. Nach längerer Auseinandersetzung kamen sie zu dem Entschluß, der teuren Verhältnisse und der noch immer steigenden Warenpreise wegen eine Erhöhung des Stundenlohnes sowie einen Zuschlag für Ueberlandarbeiten von 50 pSt. zu fordern. Aus der Versammlung heraus wurde erwähnt, daß die Unternehmer in Schuppenbeil sich schon geäußert hätten, daß wohl nichts anderes übrig bleiben würde, als am Lohne zuzulegen, zumal ja alles teuer genug sei. Der Kassenbericht vom vierten Quartal 1915 wurde vorgelegt, von der Versammlung genehmigt und der Kassierer entlastet. In „Verbandsangelegenheiten“ forderte Kamerad Nicolai die Kameraden auf, dafür zu sorgen, daß die Versammlungen wieder regelmäßig stattfinden. Dem stimmten alle Kameraden zu und beschloßen, die Versammlungen wieder regelmäßig jeden Sonntag nach dem Ersten eines jeden Monats abzuhalten. Nach einer anseuernden Schlusssprache des Referenten fand die Versammlung ihr Ende.

**Schwarzenbeil.** (Jahresbericht.) Am Anfang des Jahres war die Arbeitslosigkeit in unserm Zahlstellengebiet ziemlich fühlbar. Dies änderte sich aber bald infolge der vielen Einberufungen und weil teilweise durch Feuersbrünste die Bautätigkeit eine etwas regere wurde. Zum Herbst erhielt die Bautätigkeit neue Nahrung durch Anlage einer Gemüsetrockner, auch hatten einige Kameraden außerhalb des Zahlstellengebiets Beschäftigung gefunden, so daß im weiteren Verlauf des Jahres von einer Arbeitslosigkeit nicht gesprochen werden kann. Hätten deshalb die Kameraden nicht so sehr unter Arbeitslosigkeit zu leiden, so traf sie doch schwer die Teuerung aller Lebensmittel und sonstigen Verbrauchsgegenstände. In eine Teuerungszulage war nach der Stellungnahme des Arbeitgeberverbandes nicht zu denken. Es ist deshalb dringend notwendig, daß bei den bevorstehenden Tarifvertragsverhandlungen auf eine ganz bedeutende Erhöhung der Löhne hingewirkt wird. Das bedingt jedoch, daß alle nicht zu den Waffen einberufenen Kameraden ihre ganze Kraft daransetzen, die Organisation zu stärken und sich recht rege an allen Arbeiten beteiligen. Die Kassenverhältnisse gestalteten sich wie folgt: Die Einnahme für die Zentralkasse betrug M 598,25, die Ausgabe M 308,65, und zwar an Arbeits-

losenunterstützung M 132,90, an Reiseunterstützung M 6,75 und an Familienunterstützung in drei Raten M 169. Die Einnahme der Lokalkasse inklusive Kassenbestand vom Jahre 1914 in Höhe von M 386,10 betrug M 550,22 und die Ausgabe M 138,45. Es verbleibt also ein Kassenbestand am Jahreschluss von M 411,77. Der Mitgliederbestand betrug am Anfang des Jahres außer den sieben zu den Waffen einberufenen Kameraden 26. Eingetreten sind 4, zugereicht 1, abgereicht und gestrichen je 1 und zu den Waffen einberufen sind 15 Kameraden, von denen 1 gefallen ist. Es verbleibt also für den Jahresabschluss ein Bestand von 14 Mitgliedern. Mitgliederversammlungen wurden sieben abgehalten, die aber alle sehr schwach besucht waren und die, wenn sich die Kameraden nicht mehr auf ihre Pflicht besinnen, künftig noch mehr eingeschränkt werden müssen.

**Sterbetafel.**

**Stralsund.** Am 11. Februar starb unser Mitglied **Wilhelm Bensch.**  
**Seehausen i. d. Altmark.** Am 31. Januar starb nach kurzer Krankheit unser langjähriges Mitglied **Christian Pessel** im Alter von 84 Jahren.

**Baugewerbliches.**

**Der baugewerbliche Arbeitsmarkt im Dezember 1915** wird im „Reichs-Arbeitsblatt“ wie folgt beschrieben: Die aus den verschiedenen Gebieten Deutschlands eingegangenen Verbandsberichte geben eine wesentliche Veränderung in der Lage des Baumarktes nicht zu erkennen. Auch dem Vorjahre gegenüber wird der Geschäftsgang fast ausnahmslos als der gleiche bezeichnet. Im Berichtsmonat sind vorwiegend Militärbauten, Schuppen und Baracken wie öffentliche Bauten hergestellt worden, während die private Bautätigkeit fast stilllag.

Der „Baumaterialienmarkt“, Zentralorgan für den gesamten Baumarkt, Leipzig, schreibt: Im Dezember war verhältnismäßig günstiges Baumetter, so daß die in der Ausführung begriffenen Bauarbeiten ohne Störungen fortgeführt werden konnten. Wie in den übrigen Monaten des Jahres, so handelte es sich fast nur um behördliche, hauptsächlich um Militärbauten. Die private Bautätigkeit hat noch keine Wendung zum Besseren genommen. Die Errichtung von Kleinwohnungsiedlungen durch gemeinnützige Bauvereinigungen nimmt an Umfang zu. Von vielen Seiten ist die Errichtung von Heimstätten für Selbstzugsteilnehmer und Kriegsbeschädigte in Aussicht genommen. Ueber die Bautätigkeit in Ostpreußen ist neues faum zu berichten. Der Wiederaufbau der ostpreussischen Geflücksanlagen ist ziemlich beendet. Der Wiederaufbau der Trafekner Geflücksanlagen kostete allein bisher 2 1/2 Millionen Mark. In Marienburg und Georgenburg waren die Schäden geringer. Der Ausnahmetarif 2r (für landwirtschaftliche Geräte usw. nach Ostpreußen), der für Dachziegel bisher nur Geltung für Dachziegelherstellungen aus Ost- und Westpreußen hatte, ist ab 16. Dezember für den Versand von Dachziegeln aus ganz Deutschland gültig. In Thüringen wird eine Vereinigung Thüringer Handwerksmeister geschaffen, die sich an dem Wiederaufbau der verwüsteten Ortschaften Ostpreußens beteiligen will. Die Baustoffgesellschaft m. b. H. in Königsberg hat von der Kaiserlichen Forstinspektion in Kolno etwa 150 000 Festmeter Kahlholz erworben und beschloffen, diese auf zu errichtenden Sägewerken so auszunutzen, daß die meisten Erzeugnisse für den Wiederaufbau in Ostpreußen verwendet werden. In Königsberg i. Pr. soll eine ständige Ausstellung mustergültiger und preiswerter Wohnungseinrichtungen und Hausgerätschaften eingerichtet werden.

Den Monatsberichten der „Tonindustrie-Zeitung“, Fach- und Handelsblatt für Ziegel, Tonwaren, Kalk, Gips, Zement, Beton und Kunststein, Berlin, ist über den deutschen Baumarkt zu entnehmen, daß die Lage des Baumarktes, abgesehen von ein paar besonders durch militärische und kriegsgewerbliche Bauten begünstigten Städten Nord- und Mitteldeutschlands im Berichtsmonat eine sehr ruhige war. Neben Arbeiten an den Bauten der Militär- und der Eisenbahnverwaltung in Mek ließen in der Umgegend von Mek verschiedene Unternehmen der Großindustrie Beamten- und Arbeiterwohnhäuser sowie Verwaltungsbauten auszuführen. In München haben infolge des Eintritts milder Witterung im Dezember die noch in Ausführung begriffenen öffentlichen Bauten unter Dach gebracht werden können. In Wilhelmshaven beschränkte sich zwar die private Bautätigkeit wie fast überall auf kleine Instandsetzungen und Ergänzungsarbeiten, es blieb aber wenigstens eine, wenn auch nur mäßige öffentliche Bautätigkeit bestehen. In Bremen war die Beschäftigung des Baugewerbes, unter Berücksichtigung des Einflusses des Winters und des Krieges sogar zufriedenstellend. Dort waren Neu- und Erweiterungsbauten von Fabriken für Kriegsbedarf noch flott im Gange. Ein großes Fernsprechamt war ebenfalls im Bau begriffen, und dazu kamen noch verschiedene kleine Fabrikbauten usw. In Berlin geriet die bisher einigermaßen aufrechterhaltene öffentliche Bautätigkeit ins Stoden. Selbst Bauten für militärische und Kriegszwecke wurden durch die ungünstige Witterung behindert; man hofft aber, daß die letztgenannten Bauten, sobald besseres Baumetter eintritt, wieder flott aufgenommen werden. In Wittenberg, Bezirk Halle, hat die Privatbautätigkeit sehr nachgelassen, doch wurden dort immer noch Bauten von Fabriken usw. ausgeführt. In allen andern Städten und ebenso auf dem Lande war die private wie die öffentliche Bautätigkeit außerst gering. Zum Teil brachte der Ende November eingetretene strenge Frost und große Schneefall die bis dahin vorhandene geringe Bautätigkeit fast völlig zum Stillstand.

234 Betriebskrankenkassen des Baugewerbes hatten am 1. Januar 54 817 männliche und 3916 weibliche Mitglieder abzüglich der arbeitsunfähig Kranken. Im Vergleich mit dem Anfang des vorhergehenden Monats war eine Abnahme um 920 v. H. der männlichen Mitglieder und eine solche um 18,31 v. H. der weiblichen Beschäftigten eingetreten.

27 Ortskrankenkassen der Bauberufe wiesen am 1. Januar einen Mitgliederbestand von 18 103 männlichen und 6595 weiblichen Versicherungspflichtigen abzüglich der Kranken auf. Dem Anfang des Vormonats gegenüber hat eine Abnahme der männlichen Beschäftigten um 9,72 v. H. und eine Zunahme der weiblichen Beschäftigten um 1,20 v. H. der Mitglieder stattgefunden.

Von den 96 berichtenden Innungs- und Bauwerkstätten der Bauberufe wurde über 22 099 männliche und 941 weibliche versicherungspflichtige Mitglieder abzüglich der arbeitsunfähig Kranken am 1. Januar berichtet. Dem Vormonat gegenüber war die männliche Beschäftigung um 12,18 v. H., die weibliche Beschäftigung um 6,46 v. H. der Mitglieder geringer.

Drei Arbeiterverbände des Baugewerbes meldeten unter 75 397 berichtenden Mitgliedern im Dezember 4,6 v. H. Arbeitslose gegen 4,6 v. H. im November.

**Gewerkschaftliche Rundschau.**

**Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1914.**

Mit Ausbruch des Krieges im Jahre 1914 fanden die wirtschaftlichen Kämpfe einen unerwarteten Abschluß. Von den Vorständen der Zentralverbände wurde der Abbruch aller Lohnbewegungen und Streiks als selbstverständlich angesehen. Etwas später trafen die Vorstände in einer Konferenz eine Vereinbarung, nach der mehr als sonst versucht werden müsse, Differenzen durch Verhandlungen beizulegen und Angriffstreiks nur in dringenden Fällen zu genehmigen seien. Trotzdem waren Kämpfe nicht ganz zu vermeiden, verschiedentlich mußten sich die Arbeiter gegen eine beabsichtigte Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch die Unternehmer wehren. Immerhin ist die Zahl der Streiks und Aussperrungen mit Kriegsausbruch bis Ende des Jahres 1914 sehr gering. Die amtliche Streikstatistik verzeichnet 24 Streiks mit 1126 streikenden Personen, und zwar 17 Angriff- und 7 Abwehrstreiks. Nun liegt auch die Statistik über die der Generalkommission angegliederten Verbände vor. Diese Statistik berichtet über 16 Kämpfe, die nach Kriegsausbruch bis Ende 1914 entstanden, an denen 1095 Personen beteiligt waren. Von diesen Kämpfen waren 5 Angriffstreiks, 9 Abwehrstreiks und 2 Aussperrungen. Es handelt sich bei diesen vor zwei verschiedenen Seiten gemachten Angaben jedoch nicht um die gleichen statistisch erfaßten Kämpfe. Mitin ist die Zahl der wirtschaftlichen Kämpfe in den ersten fünf Kriegsmontaten erheblich größer, als sie durch die eine oder andere Statistik ausgewiesen ist. Nur zwei von den in der gewerkschaftlichen Statistik verzeichneten Kämpfen könnten, verglichen nach dem Ort und der Gewerbegruppe, auch von der amtlichen Feststellung erfaßt worden sein. Darunter befindet sich auch eine Aussperrung in einer Papierfabrik zu Düsseldorf, die, was besonders bemerkenswert ist, in der amtlichen Statistik als ein — Angriffstreik erscheint. Dieser Fall beweist aufs neue, daß eine Streikstatistik, die sich einseitig auf die Befundungen der Unternehmer aufbaut, keine wissenschaftlich einwandfreie Uebersicht über die wirtschaftlichen Kämpfe geben kann.

Da im Jahre 1914 in der Hauptsache nur sieben Monate für die Führung wirtschaftlicher Bewegungen und Kämpfe in Betracht kommen, so stehen diese nach Zahl und Umfang natürlich weit hinter den Ergebnissen der früheren Jahre zurück. Vergleiche der Zahlen des Berichtsjahres mit denen der Vorjahre sind deshalb nicht angängig.

Es fanden insgesamt statt 4866 Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung, an denen 363 040 Personen beteiligt waren. Das Jahr 1913 weist dagegen 9972 Bewegungen mit 1 214 523 Beteiligten auf. Die gesamten Bewegungen des Jahres 1914 erstreckten sich auf 5355 Orte und wurden davon 26 248 Betriebe mit 603 420 darin beschäftigten Personen betroffen. Es endeten von den Bewegungen 3460 mit 204 935 Beteiligten erfolgreich, 843 mit 100 253 Beteiligten teilweise erfolgreich und 554 mit 55 991 Beteiligten erfolglos. Von 9 Kämpfen blieb der Ausgang unbekannt. Durch die Bewegungen erzielten insgesamt 297 600 Personen einen Erfolg durch eine Verbesserung oder durch die Abwehr einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Es wurde erreicht für 50 827 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von zusammen 139 186 Stunden pro Woche und für 195 293 Personen eine Lohnerhöhung von insgesamt M 360 818 pro Woche. Sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen wurden für 102 496 Personen erzielt. Abgewehrt wurde für 7294 Personen eine beabsichtigte Arbeitszeitverlängerung von insgesamt 23 721 Stunden und für 29 274 Personen eine Lohnkürzung von insgesamt M 78 833 pro Woche. Für 30 492 Personen konnten sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zurückgewiesen werden. 713 Personen mußten sich eine Arbeitszeitverlängerung von insgesamt 2972 Stunden, 1298 eine Lohnkürzung von insgesamt M 4391 pro Woche und 498 sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen gefallen lassen. Tarifverträge wurden im Anschluß an diese Kämpfe in 1978 Fällen für 146 307 Personen abgeschlossen. Die gesamten Ausgaben für die Kämpfe betragen M 4 907 877. Von den 4866 Bewegungen wurden 3457 = 71 pzt. mit 266 359 Beteiligten auf friedlichem Wege erledigt. Von diesen Bewegungen hatten 2650 mit 160 075 Beteiligten einen vollen und 647 mit 83 303 Beteiligten einen teilweisen Erfolg. 160 Bewegungen mit 22 981 Beteiligten blieben erfolglos. In 2712 Fällen handelte es sich um eine Angriffs- und in 745 Fällen um eine Abwehrbewegung. In 1409 Fällen = 29 pzt. kam es zu Arbeitseinstellungen, von denen insgesamt 96 681 Personen, darunter 14 179 weibliche, betroffen wurden. Von diesen Kämpfen waren 776 = 55,1 pzt. Angriffstreiks, 517 = 36,7 pzt. Abwehrstreiks und 116 = 8,2 pzt. Aussperrungen. Während sich der Anteil der Streiks an den Gesamtkämpfen gegen das Vorjahr um 4,8 beziehungsweise 3,4 pzt. erhöhte, ging der der Aussperrungen von 16,4 auf 8,2 pzt. zurück. Von den an der Arbeitseinstellung beteiligten Personen kamen 38 946 auf die Angriffsstreiks, 29 823 auf die Abwehrstreiks und 27 912 auf die Aussperrungen. Gemessen an der Zahl

der Fälle waren die Aussperrungen erheblich umfangreicher als die Streiks. Von den 1409 Kämpfen endeten 810 = 57,5 pzt. mit 44 860 Beteiligten erfolgreich, 196 = 13,9 pzt. mit 16 950 Beteiligten teilweise erfolgreich und 394 = 28 pzt. mit 33 010 Beteiligten erfolglos. Der Ausgang der Kämpfe ist erheblich ungünstiger als 1913, wo nur 19,5 pzt. derselben erfolglos blieben, während 63,8 pzt. erfolgreich und 16,6 pzt. teilweise erfolgreich waren. Das ungünstigere Verhältnis im Jahre 1914 ist auf den Kriegsausbruch zurückzuführen. Es mußten damit 122 Kämpfe resultatlos abgebrochen werden, die im weiteren Verlaufe wohl zum erheblichsten Teil noch zu einem Erfolge geführt hätten. Es erforderten die Kämpfe eine Ausgabe von M 4 738 473. In den Kämpfen des Jahres 1914 war das Baugewerbe am hervorragendsten beteiligt. Nachdem solat die Holzindustrie, die Metallindustrie, Ernährung verdient eine Aussperrung in der Lausitzer Textilindustrie, von der der Textilarbeiterverband mit 15 325 Personen betroffen wurde. Veranlassung zu dieser Aussperrung war ein Angriffstreik in Forst. Die Aussperrung währte 13 Tage und fand durch den Ausbruch des Krieges einen für die Arbeiter erfolglosen Abschluß. Im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl waren die Verbände der Steinarbeiter und Steinseker in umfangreiche Kämpfe verwickelt.

Wie in den früheren Jahren, so entfällt auch im Jahre 1914 der erhebliche Teil der Erfolge auf die friedlich verlaufenen Bewegungen. Es hatten durch die Kämpfe insgesamt 62 994 Personen einen Erfolg. Es wurde erreicht für 9052 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von insgesamt 24 760 Stunden pro Woche, für 33 362 Personen eine Lohnerhöhung von insgesamt M 73 857 pro Woche und für 21 257 Personen eine sonstige Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Abgewehrt wurde für 1132 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von insgesamt 4120 Stunden pro Woche, für 12 338 eine Lohnkürzung von insgesamt M 29 938 pro Woche und für 17 760 Personen eine sonstige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. In 354 Fällen kam es zum Abschluß von Tarifverträgen für zusammen 25 454 Personen.

Der Krieg hat manche Anschauungen über den Hauften geworfen und insbesondere den gewerkschaftlichen Organisationen, ihren Vertretern, ihrer Fürsorge für die Notleidenden, ihrer Disziplinierung der Arbeiterschaft, ihrer kulturfördernden Tätigkeit Anerkennung von fast allen Kreisen in der Staatsorganisation gebracht. Mit dieser Anerkennung werden jedoch die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen Unternehmern und Arbeitern nicht aufgehoben. Sie werden fortbestehen. Der Ausgleich dieser Gegensätze muß jedoch nicht notwendigerweise in der gleichen Form und mit den gleichen Opfern sich vollziehen, wie es bisher geschehen ist. Voraussetzung ist, daß den Gewerkschaften ein Mitbestimmungsrecht beim Abschluß des Arbeitsvertrages eingeräumt wird und das Koalitionsrecht der Arbeiter in den Reichs- und Staatsbetrieben volle Anerkennung findet. Für die Gewerkschaften ist diese Anerkennung unbedingt erforderlich. Wird sie ihnen nicht auf Grund der Erfahrungen, die man mit ihnen während der Kriegszeit gemacht hat, zuteil, so müssen sich die Gewerkschaften diese Anerkennung in der gleichen Weise wie bisher zu erkämpfen suchen.

**Versammlungsanzeiger.**

**Freitag, den 25. Februar:**

**Cassel:** Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Obere Karlstraße 17. — **Jena:** Nach Feierabend im Gewerkschaftshaus.

**Sonntag, den 26. Februar:**

**Aken:** Abends 8 Uhr in der „Herberge zur Heimat“. — **Lauenburg a. d. E.:** Abends 8 1/2 Uhr bei Paul Paap, Elbstr. 45.

**Sonntag, den 27. Februar:**

**Memel:** Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Holzstr. 3 d.

**Verkehrslokale, Herbergen usw.**

(Jahresrate unter dieser Rubrik bis zu drei Zeilen kosten n. S. jede weitere Zeile A 2 mehr. Freireisepässe werden nicht beabfolgt.)  
**Berlin.** Arbeitsnachweis und Bureau der Zahlstelle des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen für Berlin und Umg., SO, Engelauer 15, 3. Et., Zimmer 50. Fernsprecher Amt Moritzplatz, Nr. 2789. Differenzen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie Unfälle sind hier zu melden.  
**Chemnitz.** Bureau und Arbeitsnachweis befinden sich im Volkshaus „Kolozeum“, Zwidauer Straße 152, 1. Et., Zimmer 15. Herberge bei Verkehrslokale: Volkshaus und „Plauenische Bierhalle“, Gahnstr. 41. Zureichende Kollegen sind verpflichtet, ehe sie umschauen, sich im Bureau zu melden. Geöffnet 11—1 Uhr und nachmitt. 5—7 1/2 Uhr.  
**Dortmund.** Verbandsbureau, Arbeitsnachweis und Herberge im Gewerkschaftshaus, Vestingstraße 22. Zureichende und arbeitslose Mitglieder sind verpflichtet, sich im Bureau zu melden. Umschau verboten.  
**Hamburg.** Bureau des Zentralverbandes der Zimmerer Hamburgs und Umgegend: Behnenbushof 57/66, 2. Et., Zimmer 2. Telefon: Gr. 6, 4426. Geöffnet vorm. von 11 bis 1 Uhr, nachm. von 5 bis 7 Uhr. Alle Mittellungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen der Zimmerer Hamburgs und Umgeg. sind hier zu melden. Zureichende Kameraden haben die Pflicht, bevor sie nach Arbeit umschauen, sich im vorstehend bekanntgegebenen Bureau zu melden. Meisterverzeichnisse werden dort unentgeltlich verabfolgt.  
**Hamburg-Rothenburgsort.** Bezirk 6. Verkehrslokal bei G. Brüger, Strelowstr. 79. Telefon: Gr. 8, 2167. Sonntags mittags Entgegennahme von Beiträgen.  
**Hamburg-Weddel.** Bezirk 5. Verkehrslokal bei Adolf Winter, Weddeler Markt 4. Telefon: Gr. 8, 6435. Zusammenkünfte gemeinschaftlich mit Bezirk 6 jeden zweiten Dienstag im Monat, abwechselnd auch bei Brüger, Rothenburgsort.  
**Wannheim.** Zahlstellenbureau: Gewerkschaftshaus F. 4, 9., 3. Et., Zimmer 10 und 11. Telefon 5276. Arbeitsnachweis dortselbst. Sprechstunden täglich von 7 bis 8 1/2 Uhr abends, Sonntags von 11 bis 12 Uhr vormittags. Arbeitslose haben sich von 10 bis 11 Uhr vormittags zur Kontrolle zu melden.  
**Wien.** Bureau der Zahlstelle und Arbeitsnachweis: Pestalozzistr. 40/44, Gewerkschaftshaus, 3. Stod. Telefon 61 030. Sprechstunden vorm. von 10 bis 12 Uhr und abends von 5 bis 7 Uhr. Arbeitslosemeldung vorm. von 10 bis 12 Uhr. Auszahlung der Reiseunterstützung: von 5 bis 7 Uhr. Sonntags geschlossen. Zentralherberge: Am Glockenbach 10.  
**Wilhelmshaven u. Umg.** Bureau: Rühringen, Rühringer Straße 29. Geöffnet: Wochentags abends von 7 bis 8 Uhr. Versammlung jeden dritten Dienstag im Monat bei Sobanoff. — Bezirk Barel: Versammlung am ersten Donnerstag im Monat bei Meyer.